

Tibet im Visier deutscher Außenpolitik

Newsletter von www.german-foreign-policy.com zwischen 2000 und 2008-04-18

Nachstehend sind die betreffenden Newsletter zunächst chronologisch in aufsteigender Folge in ihrer Kurzfassung aufgelistet. Anschließend folgen sie als ganze Texte. Wer german-foreign-policy nicht kennt, mag diese Zusammenstellung beim ersten Lesen als Verschwörungstheorie unglaublicher Elemente abtun. (Leider) ist die Wirklichkeit der deutschen Außenpolitik – wie jene aller Großmächte – jedoch erschreckender als es irgendjemand von uns vermuten würde. Gerade im eigenen Lande die Augen zu öffnen für 137 Jahre Kontinuität deutscher Außenpolitik – dafür steht die journalistische Redlichkeit von gfp.

Nachstehender roter Kasten □ ermöglicht es, zwischen Kurzfassung und Volltext des betreffenden newsletter hin und her zu klicken.

Tibet ohne Mythos

18.04.2008

KÖLN

Über die Lage in Tibet und über Behauptungen deutscher Medien sprach german-foreign-policy.com mit Dr. Ingo Nentwig. Nentwig ist Sinologe und Ethnologe, arbeitete von 1994 bis 2007 als Kustos Ostasien am Museum für Völkerkunde zu Leipzig und forscht unter anderem zu den Minderheiten der Volksrepublik China sowie zur chinesischen Nationalitätenpolitik. . . .

[mehr](#)

Besonders manipulativ

18.04.2008

LHASA/BEIJING/BERLIN

(Eigener Bericht) - Die westliche Tibet-Kampagne stößt auf erste Widersprüche in Deutschland. Während die weltweiten Sabotageaktionen gegen den olympischen Fackellauf andauern, fürchten deutsche Unternehmen um ihr China-Geschäft; Milliardensummen stehen auf dem Spiel. Politikberater warnen vor dem endgültigen Verlust politischer Glaubwürdigkeit in Beijing, sollte die Bundesregierung weiterhin "unterschiedliche Standards (...) in verschiedenen Ländern" anwenden. Außerdem schwächt . . .

[mehr](#)

Operationen gegen China

15.04.2008

LHASA/WASHINGTON/BERLIN

(Eigener Bericht) - Mehrere Vorfeldorganisationen der Berliner Außenpolitik unterstützen seit Jahren die tibetischen Exilstrukturen im indischen Dharamsala. Dabei handelt es sich unter anderem um organisatorische Hilfsmaßnahmen, die es der "Exilregierung" in Dharamsala ermöglichen, ihre gegen die Volksrepublik China gerichteten Aktivitäten weltweit zu orchestrieren. Kooperationen mit der "Exilregierung" und anderen Einrichtungen des tibetischen Exils unterhalten vor . . .

[mehr](#)

Augenzeuge

08.04.2008

LHASA/FRANKFURT AM MAIN

german-foreign-policy.com dokumentiert einen Ausschnitt aus einem CNN-Interview mit dem britischen Journalisten James Miles ("The Economist"), der Augenzeuge der Unruhen in Lhasa wurde, und einen Ausschnitt aus einem Artikel der Frankfurter Rundschau, der auf einen Bericht desselben Journalisten rekurriert. . . .

[mehr](#)

Die Fackellauf-Kampagne

08.04.2008

LHASA/BERLIN

(Eigener Bericht) - Eine Vorfeldorganisation der Berliner Außenpolitik ist maßgeblich in die Vorbereitung der aktuellen antichinesischen Tibet-Kampagne involviert. Dies geht aus Tagungsberichten und aus Recherchen eines kanadischen Journalisten hervor. Demnach wird die Kampagne von einer Zentrale in Washington gesteuert, die im Mai 2007 auf einer Tagung der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung mit der Organisierung weltweiter "Proteste" beauftragt . . .

[mehr](#)

Der Olympia-Hebel

17.03.2008

BERLIN/BEIJING

(Eigener Bericht) - Berlin bedient sich der Unruhen im Westen der Volksrepublik China zur Fortsetzung seiner Schwächungskampagne gegen Beijing. Wie Bundeskanzlerin Angela Merkel fordert, soll die chinesische Regierung den "Dialog" mit dem Dalai Lama aufnehmen, dem bekanntesten Anführer der tibetischen Sezessionisten. Der Ministerpräsident des Bundeslandes Hessen, Roland Koch, will internationale Beobachter nach Lhasa entsenden und . . .

[mehr](#)

Schwächungsstrategien (IV)

22.10.2007

BERLIN/URUMQI/MÜNCHEN/BEIJING

(Eigener Bericht) - Berliner Außenpolitiker führen Gespräche mit einer chinesischen Separatistin und erhöhen den politischen Druck auf Beijing. Wie der "Weltkongress der Uiguren" (Sitz: München) mitteilt, wird seine Präsidentin Rebiya Kadeer unter anderem im Auswärtigen Amt empfangen. Die Uiguren sind eine muslimische Minderheit aus der Autonomen Region Xinjiang (Westchina), sie streben die Sezession ihrer Wohngebiete . . .

[mehr](#)

Schwächungsstrategien (III)

02.10.2007

LHASA/BEIJING/ULAAN BAATAR/BERLIN

(Eigener Bericht) - Hochrangige Vertreter der deutschsprachigen Minderheit Norditaliens ("Südtiroler") erklären die Zugehörigkeit Tibets zur Volksrepublik China für "illegal" und fordern die Sezession des westchinesischen Autonomiegebiets. Entsprechende Verlautbarungen erfolgten am vergangenen Wochenende bei einem Besuch norditalienischer Parlamentarier in Indien, wo die "Exilregierung" Tibets ihren Sitz hat. Die "Südtiroler" Behörden, die die "Exilregierung" seit mehreren Jahren . . .

[mehr](#)

Peter Mierau: Nationalsozialistische Expansionspolitik

02.10.2007

Deutsche Asien-Expeditionen 1933-1945 München 2006 (Herbert Utz Verlag) 556 Seiten
49,- Euro ISBN-10: 3-8316-0409-6 . . .

[ex.klusiv](#)

Mit langem Atem

01.10.2007

YANGON/BERLIN

(Eigener Bericht) - Deutsche Südostasien-Experten raten zu langem Atem beim Kampf gegen den Einfluss der Volksrepublik China in Myanmar. Trotz der schweren Unruhen der letzten Tage sei "ein Kollaps (...) vorerst nicht zu erwarten", schreibt die Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Die Grünen); die prowestlichen Kräfte seien noch zu schwach, um "an die Stelle des aktuellen Regimes treten" . . .

[ex.klusiv](#)

Schwächungsstrategien (II)

27.09.2007

LHASA/BEIJING/BERLIN

(Eigener Bericht) - Deutsche Politiker kündigen eine Ausweitung der Tibet-Offensive der Bundeskanzlerin an. Wie den Äußerungen des Ministerpräsidenten Roland Koch (Bundesland Hessen/CDU) zu entnehmen ist, soll das Treffen Angela Merkels mit dem Dalai Lama zu einer flächendeckenden Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik China führen und noch bestehende Rücksichten in anderen westlichen Staaten beseitigen. . . .

[mehr](#)

Schwächungsstrategien (I)

24.09.2007

BEIJING/LHASA/BERLIN

(Eigener Bericht) - Trotz heftiger Proteste Beijings stärkt die deutsche Kanzlerin die Berliner Sonderbeziehungen zu chinesischen Separatisten. Zum ersten Mal hat am gestrigen Sonntag der Dalai Lama Gespräche im Bundeskanzleramt geführt. Er leitet eine selbsternannte tibetische Exilregierung mit Sitz in Indien, die die Sezession Tibets aus der Volksrepublik China, ersatzweise Sonderrechte nach deutschen "Autonomie"-Modellen verlangt. . . .

[mehr](#)

Minderheitenrechte

25.10.2006

BERLIN/FLENSBURG/BOLZANO

(Eigener Bericht) - Vorfeldorganisationen der Berliner Außenpolitik versammeln am heutigen Mittwoch Ethno-Spezialisten und Sezessionspolitiker aus mehreren europäischen Staaten zu einer "Minderheitenkonferenz" im italienischen Bolzano. Angekündigt ist unter anderem Gerry Adams, ehemals Aktivist der antibritischen Untergrundorganisation IRA, heute Vorsitzender der nordirischen Partei "Sinn Fein". Veranstaltet wird die Tagung über "ethnische Konflikte" in Nordirland, Spanien und Griechenland . . .

[ex.klusiv](#)

Härtere Gangart

18.09.2006

FRANKFURT a. M./BONN/BEIJING

(Eigener Bericht) - Die Heinrich-Böll-Stiftung Hessen widmet sich dem "Selbstbestimmungsrecht der Tibeter" und stellt die territoriale Integrität der VR China in

Frage. Die Aktivitäten sind Bestandteil einer parteiübergreifenden Kampagne gegen Beijing, dem Vorfeldorganisationen der deutschen Außenpolitik "radikalere Aktionen" androhen. "Wir wollen den Chinesen Tibet wieder abnehmen", heißt es im Tibet-Forum, einem Bonner Kampf-Blatt, dessen "Redaktionskoordinator" . . .

[ex.klusiv](#)

Druck ausüben

21.08.2005

BERLIN/BONN/BEIJING

(Eigener Bericht) - Das Auswärtige Amt (AA) und dessen Internet-Portal "Qantara.de" kündigen die Eröffnung eines Verbindungsbüros chinesischer Separatisten in Deutschland an. Bei den Oppositionellen handelt es sich um Vertreter der uigurischen Minderheit im autonomen Gebiet Xinjiang (Nordwestchina). Dort kommt es seit mehreren Jahren zu gewalttätigen Ausschreitungen islamischer Nationalisten, die für politische und kulturelle Sezession kämpfen. Die vom Auswärtigen Amt finanzierten "Qantara"-Veröffentlichungen werben in . . .

[ex.klusiv](#)

Die Tibetfrage

31.10.2004

POTSDAM (Eigener Bericht)

Die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung (FNSt) und die tibetische Exilregierung werden ihre Zusammenarbeit in der „Tibetfrage“ intensivieren. Dies ist das Ergebnis von Gesprächen, die der „Ministerpräsident“ der Exilregierung, Samdhong Rinpoche, am vergangenen Dienstag mit mehreren FNSt-Vorstandsmitgliedern führte. Die FNSt verfügt über langjährige exklusive Sonderbeziehungen zu tibetischen Exilkreisen, die sie für Positionsgewinne Berlins im Machtkampf mit dem künftigen Weltmachtkonkurrenten China nutzt. Tibet war bereits während der NS-Ostexpansion . . .

[ex.klusiv](#)

Auswärtiges Amt: „Schwarze Löcher der Ordnungslosigkeit“

03.07.2002

BERLIN

Die deutsche Außenpolitik hat in Asien „vergessene Konflikte“ entdeckt und will sich den „fehlgeschlagenen Staaten“ der Region fürsorglich widmen. Dies geht aus dem neuen Asien-Konzept des Auswärtigen Amtes hervor. Die „globale Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands und der EU“ müsse sich „mit den vergessenen Konflikten, den fehlgeschlagenen Staaten und den schwarzen Löchern der Ordnungslosigkeit“ in Asien befassen, heißt es. „Nation-building“ sei auch dort eine „strategische Aufgabe“ für . . .

[ex.klusiv](#)

Deutschland unterstützt Separatismus in Westchina

30.04.2002

BERLIN

Deutschland unterstützt auch weiterhin völkisch-separatistische Bewegungen in der Volksrepublik China. Dies geht aus einem Beschluss des Bundestages sowie aus Äußerungen des Menschenrechtsbeauftragten des Auswärtigen Amtes, Gerd Poppe, hervor. Der Einfluss der chinesischen Zentralregierung in Chinas Autonomen Regionen Tibet und Xinjiang wird dadurch in Frage gestellt. . . .

[ex.klusiv](#)

Tibet ohne Mythos

18.04.2008

KÖLN

Über die Lage in Tibet und über Behauptungen deutscher Medien sprach german-foreign-policy.com mit Dr. Ingo Nentwig. Nentwig ist Sinologe und Ethnologe, arbeitete von 1994 bis 2007 als Kustos Ostasien am Museum für Völkerkunde zu Leipzig und forscht unter anderem zu den Minderheiten der Volksrepublik China sowie zur chinesischen Nationalitätenpolitik.

german-foreign-policy.com: Herr Nentwig, Sie kennen Tibet aus eigener Anschauung?

Dr. Ingo Nentwig: Ja. Wenn man nach der chinesischen Definition geht, dann war ich einmal in Tibet; ich habe 2002 bei tibetischen Yak-Hirten in Nagqu Feldforschung betrieben. Wenn man die exiltibetische Definition heranzieht, dann war ich sogar zweimal in Tibet, denn ich besuchte 1983 auch den Autonomen Bezirk Ngawa in der Provinz Sichuan. Das ist ein Autonomer Bezirk der Tibeter und der Qiang-Nationalität.

gfp.com: In den deutschen Medien ist in den vergangenen Tagen viel von einem "kulturellen Völkermord" die Rede, der in Tibet verübt werde. Was können Sie aus Ihren Erlebnissen darüber berichten?

Nentwig: Ich halte diesen Begriff für völlig unangebracht. Einschränkungen gibt es in Tibet vor allem in der Religion. Tibetische Kultur ist aber viel mehr: Sprache, Literatur, mündliche Überlieferungen, das Alltagsleben, die Ernährung, die traditionellen Häuser, auch Kulturstätten, längst nicht nur Tempel und Klöster. Bei alldem ist das Gegenteil von "Völkermord" der Fall. Ich würde sogar etwas provokant sagen: Die tibetische Kultur blüht und gedeiht in China. China hat eine gigantische Produktion an Büchern, Zeitungen und Zeitschriften in tibetischer Sprache, es gibt zahlreiche tibetische Verlage, nicht nur in Tibet, sondern auch in den angrenzenden Provinzen und sogar in Peking - die Tibetologen sind gar nicht in der Lage, das alles wahrzunehmen. Tibetische Schriftsteller schreiben auf Tibetisch und auf Chinesisch. Sie können nicht nur tibetische Literatur kaufen, sondern auch tibetische Übersetzungen zum Beispiel von Shakespeare, Hugo und Balzac. Es gibt eine Akademie für traditionelle tibetische Medizin in Lhasa. Das berühmte Gesar-Epos, die wichtigste mündliche Überlieferung der Tibeter, wird umfassend erforscht. Sänger dieses Epos', die stundenlang, teilweise tagelang vortragen, werden hofiert und dokumentiert. Von irgendetwas wie "kulturellem Völkermord" kann überhaupt keine Rede sein.

gfp.com: Sie sagten, bei der Religion gebe es Einschränkungen.

Nentwig: Das stimmt. Allerdings betrifft es nicht die einfache Religionsausübung. Jeder Tibeter kann seinem buddhistischen Glauben nachgehen, ohne dabei behindert zu werden. Religiöse Funktionsträger aber, die versuchen, oppositionelle Politik zu machen, bekommen Schwierigkeiten. Die Forderung nach der Unabhängigkeit Tibets wird strafrechtlich verfolgt, was mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung nicht in Einklang zu bringen ist. Der tibetische Klerus hat, weil Tibet früher ein klerikal-feudales Regime war, die Angewohnheit, Politik machen zu wollen. Er fordert etwa, dass Kinder schon im Alter von fünf oder sechs Jahren Mönche werden dürfen. Die chinesische Regierung lässt erst Jugendliche im Alter von 16 Jahren ins Kloster gehen, weil sie erst in diesem Alter eine wirklich freie Entscheidung treffen können. Da steht eine eher westliche Konzeption von Menschenrechten auf Seiten der Regierung, nämlich das Recht auf individuelle Entscheidung, ob man einer Religion folgen und ihr sein Leben widmen möchte, im Konflikt mit traditionellen tibetischen Vorstellungen, wonach die Eltern über ihre Kinder entscheiden. Ob man eine solche Einschränkung der Religionsfreiheit nun als "kulturellen Völkermord" bezeichnen soll, das wage ich doch sehr zu bezweifeln.

gfp.com: Würden Sie die Entwicklung in Tibet denn, wie es andere deutsche Medien tun, mit dem Begriff "Überfremdung" bezeichnen?

Nentwig: Der Begriff "Überfremdung" gehört nun wirklich nicht zu meinem Vokabular. Man muss bei dem Gegenstand, der damit wohl gemeint ist, genau differenzieren. Wenn die Exiltibeter von einer angeblich extrem hohen Zahl von Han-Chinesen in Tibet sprechen, dann meinen sie immer ihr fiktives Groß-Tibet. Das umfasst neben dem Autonomen Gebiet Tibet auch die tibetischen Siedlungsgebiete in den Provinzen Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan. Das sind aber Gebiete, in denen schon seit Jahrhunderten auch Han-Chinesen, Hui-Chinesen - also chinesische Muslime - und eine Menge weiterer Nationalitäten wie Mongolen, Qiang, Tu, Dongxiang, Salar usw. leben. Es sind multiethnische Gebiete, die schon immer kulturell sehr plural waren.

gfp.com: Und im Autonomen Gebiet Tibet selbst?

Nentwig: Dort muss man unterscheiden zwischen der Bevölkerung, die dort ihren ersten Wohnsitz hat, und der sogenannten Aufenthaltsbevölkerung. Wenn Sie nach Lhasa kommen, haben Sie tatsächlich den Eindruck, dass dort sehr viele Han-Chinesen leben. Es sind in Lhasa sicherlich mehr als 50 Prozent. Von ihnen hält sich allerdings der allergrößte Teil nur für eine begrenzte Zeit dort auf. Soldaten werden immer wieder versetzt. Es gibt viele Bauarbeiter, die nur für den Straßen- oder den Eisenbahnbau kommen. Parteikader werden nach Tibet versetzt, arbeiten dort und verschwinden wieder. Natürlich kann ich es verstehen, wenn vielen Tibetern unwohl dabei ist, dass sich in einer Stadt wie Lhasa so viele Han-Chinesen aufhalten. Sobald Sie aber Lhasa verlassen, begegnen Ihnen kaum noch Han-Chinesen. Ich habe meine Feldforschung in einem Kreis betrieben, wo gerade einmal 20 oder 30 Han-Chinesen unter 50.000 bis 60.000 Tibetern lebten. Insgesamt liegt der Anteil der Han-chinesischen Bevölkerung mit festem Wohnsitz in Tibet bei sieben Prozent. Mehr als 90 Prozent sind Tibeter. Wenn man die Aufenthaltsbevölkerung für ganz Tibet nimmt, dann gehen seriöse Schätzungen von vielleicht 20 bis 25 Prozent Han-Chinesen aus. Natürlich sind die Tibeter immer noch mit 75 bis 80 Prozent in der überwältigenden Mehrheit.

gfp.com: Laut den deutschen Medien zielt die chinesische Nationalitätenpolitik aber darauf ab, Tibet ganz systematisch mit Han-Chinesen zu bevölkern und die Tibeter auf diese Weise verschwinden zu lassen.

Nentwig: Das ist falsch. Es gibt sicherlich Siedlungsprojekte etwa in der Provinz Qinghai - dorthin werden Sträflinge verschickt - oder Umsiedlungsprojekte im Zusammenhang mit Staudämmen. Aber dass das Autonome Gebiet Tibet mit einer han-chinesischen Siedlungsinvansion sinisiert werden soll, davon kann überhaupt nicht die Rede sein.

gfp.com: Worum geht es denn dann bei der chinesischen Nationalitätenpolitik?

Nentwig: Die chinesische Nationalitätenpolitik ist sehr differenziert. Sie tut sich schwer mit den großen Nationalitäten, bei denen es Unabhängigkeitsbestrebungen gibt. Das sind vor allem die Tibeter und die Uiguren im Autonomen Gebiet Xinjiang sowie teilweise auch die Mongolen in der Inneren Mongolei. Da gibt es wegen des Separatismus' eine große Sensibilität seitens der chinesischen Regierung, die des Öfteren auf ethnonationalistische Regungen sehr übersteigert reagiert, mit Unverständnis und Repression. Wenn Sie in China aber einer kleinen Nationalität angehören - es gibt 56 offiziell anerkannte Nationalitäten -, dann geht es Ihnen eigentlich sehr gut, die chinesische Nationalitätenpolitik ist da enorm großzügig. Es gibt eine Menge Beispiele für positive Diskriminierung, die zum Teil auch für die großen Minderheiten gelten, etwa für die Tibeter. Tibeter dürfen beispielsweise grundsätzlich zwei Kinder haben, während für die Han-Chinesen im Prinzip noch die Ein-Kind-Politik gilt. Wenn sie auf dem Land wohnen, dürfen sie drei Kinder haben, in vielen ländlichen Gegenden auch mehr. Die letzten Volkszählungen haben gezeigt, dass in den letzten 20, 30 Jahren die Bevölkerungswachstumsrate der Tibeter wesentlich höher war als die der Han-Chinesen.

gfp.com: Ein Recht auf Abspaltung, wie die Sowjetunion es kannte, die ja 1991 zerfiel, gibt es aber nicht?

Nentwig: Nein. Die Kommunistische Partei Chinas hatte in ihrer frühen Phase das leninistische Prinzip in ihrem Programm, dass Nationalitäten das Recht zur Abspaltung haben sollten. Sie hat aber bis 1949 die Konzeption eines einheitlichen Nationalitätenstaates entwickelt. Seitdem gibt es Autonomieregelungen. Es gibt fünf Autonome Gebiete, 30 Autonome Bezirke, etwa 120 Autonome Kreise, rund 1.100 Nationalitätengemeinden. Es gibt also auf vier Stufen ethnische Autonomie. Die Autonomierechte sind im Wesentlichen kultureller Art und beziehen sich auf Kultur, Sprache und Erziehungswesen. Man darf nicht vergessen, dass Tibetisch eine der fünf offiziellen Staatssprachen Chinas ist. Die Nationalitätenpolitik ist - für chinesische Verhältnisse und vor dem Hintergrund der chinesischen Geschichte - geradezu vorbildlich.

Aus meiner persönlichen Sicht als Ethnologe ist sie allerdings in vielen Punkten noch unzureichend und kritikwürdig. Leider gibt es unnötige, gravierende Fehler, die die Nationalitätenkonflikte verschärfen. Der gegenwärtige tibetische Parteisekretär etwa hat allen Mönchen wöchentliche Schulungen in Anti-Dalai-Lama-Propaganda verpasst. Das schüttet Öl ins Feuer. Auch in der Frage des Panchen Lama war die chinesische Politik sehr unglücklich. Das zeigt, dass es noch viel Spielraum für Verbesserungen gibt. Man soll China durchaus kritisieren. Man soll das aber konkret und auf der Grundlage von Sachkenntnis tun und nicht einfach dummes Zeug reden.

gfp.com: Tibet gilt als eines der rückständigsten Gebiete Chinas. Muss man das nicht der chinesischen Nationalitätenpolitik ankreiden?

Nentwig: Die Rückständigkeit bei ökonomischer Entwicklung, Bildung usw. hat mehrere Ursachen. Sie ist zum einen darin begründet, dass Tibet sehr groß ist - 1,2 Millionen

Quadratkilometer -, aber extrem dünn besiedelt - zur Zeit leben dort etwa 2,8 Millionen Menschen. Große Gebiete sind eigentlich unbewohnbar und auch völlig unbesiedelt. Der höchste Berg der Welt etwa, der Qomolangma, liegt in Tibet. Das Gebiet ist für eine umfassende Industrialisierung kaum geeignet, und auch mit der Landwirtschaft steht es nicht zum Besten. Die großen Weidegebiete, in denen heute noch Nomaden leben, die mit Yak-, Schaf- und Ziegenherden umherziehen, haben einen so dünnen Mutterboden, dass man da praktisch nichts anpflanzen kann. Da ist kaum eine Weiterentwicklung möglich. Vor allem aber gab es früher, vor 1949, keine Schulen außerhalb der klösterlichen Bildung, es gab keine Krankenhäuser, sondern nur Mönche, die heilten. Man musste im Prinzip bei Null anfangen. Dieser Rückstand lässt sich nicht von heute auf morgen aufholen. Aber immerhin liegt inzwischen etwa die durchschnittliche Lebenserwartung nicht mehr bei rund 35 Jahren wie noch 1950, sondern bei 67 Jahren.

gfp.com: Und die alten Eliten, die säkulare Schulen und nicht-religiöse Medizin nicht zugelassen haben, sitzen seit dem gescheiterten Aufstand von 1959 im Exil im indischen Dharamsala...

Nentwig: Nein, nicht alle von den alten Eliten befinden sich in Dharamsala. Ein großer Teil von ihnen ist seinerzeit in Tibet geblieben. Man kann in der klerikalen wie auch in der feudalen Elite Tibets seit Jahrhunderten zwei Fraktionen finden: eine prochinesische und eine antichinesische. Die prochinesische Fraktion, die nach dem Aufstand 1959 in China geblieben ist, hat heute noch hohe und höchste Positionen inne. China hat überhaupt keine Schwierigkeiten, höchststrangige chinatreue Tibeter zu finden, die die separatistische Politik des Dalai Lama verurteilen.

gfp.com: Es handelt sich also bei diesen nicht um Marionetten der chinesischen Regierung, wie es oft behauptet wird?

Nentwig: Nein. Den Kampf zwischen prochinesischen und antichinesischen Kräften in den tibetischen Eliten gibt es, wie gesagt, seit Jahrhunderten.

gfp.com: Was geschiehe denn, wenn die sogenannte Exilregierung in Tibet wieder an die Macht käme? Müssten die Leute ihren früheren Grundbesitz zurückerhalten?

Nentwig: Ich vermute, dass die Leute überhaupt kein großes Interesse haben zurückzukommen, weil sie das Leben in Tibet gar nicht mehr gewöhnt sind. Natürlich würde aber ihr ehemaliger Grundbesitz in den Verhandlungen eine Rolle spielen. Nach 1959 ist ja der gesamte Grundbesitz aller derjenigen, die nach Indien geflohen sind, entschädigungslos enteignet worden, während diejenigen, die in China verblieben, zwar auch enteignet wurden, aber eine Entschädigung erhielten. Ich halte es für undenkbar, dass die Ländereien - das war ja im Prinzip der gesamte Grund und Boden Tibets - wieder an die früheren Besitzer zurückgegeben werden. Sie können in Tibet überall mit Bauern und Hirten sprechen, die jetzt mehr oder weniger Herr ihrer eigenen Produktion sind und die sich die alten Zustände auf gar keinen Fall zurückwünschen. Das heißt nicht, dass sie nicht trotzdem auf der religiösen Ebene den Dalai Lama verehren. Aber Sie werden in Tibet Menschen, die sich das alte System der Leibeigenschaft wieder zurückwünschen, kaum finden, allenfalls vereinzelt in religiösen Kreisen. Man muss hier auch ganz klar sagen: Für die Leibeigenen, das waren ca. 90 Prozent, und für die Sklaven, das waren rund drei bis vier Prozent der Bevölkerung, gab es durch China eine wirkliche Befreiung.

Da gibt es eine kleine, ziemlich aussagekräftige Episode aus den tibetischen

Siedlungsgebieten außerhalb Tibets, aus der Provinz Gansu. Die Regierung hatte sofort 1950/1951 ein neues Ehegesetz verabschiedet, und danach zogen Propagandatrups durchs Land und verkündeten dieses Gesetz. Es legte fest, dass Ehen freiwillig sein müssen, dass gleiche Rechte für Mann und Frau gelten und dass Scheidung möglich ist. Das Gesetz führte dazu, dass in ganz China Millionen Ehen geschieden wurden, weil Frauen nichtsnutzigen Männern davonliefen. Es gab in den Klöstern, vor allem auf den unteren Rängen, recht viele Mönche, die zwangswise dort lebten, die für die Klosteroberen schuften mussten - auf dem Markt Lebensmittel kaufen und Ähnliches. Dabei kamen sie auch mit den Propagandatrups zum Ehegesetz in Berührung und begriffen, was dort gesagt wurde: Dass es jetzt individuelle Rechte gibt. Da sind in Gansu in den Klöstern knapp die Hälfte der Mönche davongelaufen, als sie verstanden haben, dass es eine Verfassung mit persönlichen Rechten gibt. Dass die Klosteroberen davon nicht begeistert waren und der chinesischen Regierung religiöse Unterdrückung vorwarfen, das ist die andere Seite.

gfp.com: Wie erleben Sie die aktuellen Auseinandersetzungen?



Nentwig: Was mich in den letzten Wochen sehr bewegt hat, ist die Unverhältnismäßigkeit in der medialen Darstellung. Kein seriöser Mensch bestreitet, dass es in China Menschenrechtsverletzungen gibt. Niemand bestreitet, dass auch die Tibet-Politik Chinas verbesserungswürdig ist, und zwar in großem Maße. Aber wenn ich mir die Lage in Tibet realistisch anschau, die Mythen der Exiltibeter beiseite schiebe und die Lage mit der Situation in anderen Ländern vergleiche - schauen wir doch einfach nur mal ganz wahllos über die Grenze nach Indien. Ich würde wagen zu sagen, dass Indien jeden Monat in Kaschmir mehr Menschenrechtsverletzungen begeht als China in den letzten zehn Jahren in Tibet. Sie brauchen nur in die Zeitung zu schauen, wie unterschiedlich die Darstellung ist. Das rechtfertigt natürlich nichts von dem, was in China passiert, und ich kritisiere das scharf. Aber die Verhältnismäßigkeit ist in der medialen Darstellung überhaupt nicht mehr gegeben. Da kann ich dann auch die chinesische Regierung verstehen, dass sie sich unfair behandelt fühlt, weil der Westen auf ihr in einem Ausmaß rumhackt, das sie wirklich nicht verdient hat.

Besonders manipulativ

18.04.2008

LHASA/BEIJING/BERLIN

(Eigener Bericht) - Die westliche Tibet-Kampagne stößt auf erste Widersprüche in Deutschland. Während die weltweiten Sabotageaktionen gegen den olympischen Fackellauf andauern, fürchten deutsche Unternehmen um ihr China-Geschäft; Milliardensummen stehen auf dem Spiel. Politikberater warnen vor dem endgültigen Verlust politischer Glaubwürdigkeit in Beijing, sollte die Bundesregierung weiterhin "unterschiedliche Standards (...) in verschiedenen Ländern" anwenden. Außerdem schwächt die Demütigung Chinas durch die anmaßende Kampagne der ehemaligen westlichen Kolonialmächte die prowestlichen Kräfte im Land, berichten übereinstimmend deutsche Korrespondenten. Demnach werden in der Volksrepublik inzwischen die deutschen Medien "als besonders manipulativ empfunden". Experten bestätigen den Propagandacharakter der deutschen Berichterstattung über Tibet. So konstatiert der Sinologe Dr. Ingo Nentwig, der über die chinesische Nationalitätenpolitik arbeitet, im Gespräch mit german-foreign-policy.com eine eklatante "Unverhältnismäßigkeit in der medialen Darstellung". Der westlichen Massenmobilisierung gegen China schließen sich jetzt auch Sportverbände und die evangelische Kirche an. Demnach sollen Sportler und

protestantische Olympia-Touristen ihre Anwesenheit bei den Spielen nutzen und den Druck auf Beijing verstärken.

Wachstumsmarkt

Spitzenvertreter von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden lancieren seit Tagen ihren Unmut über die westliche Tibet-Kampagne an die Medien. Die Bedeutung des China-Geschäfts für die Gewinne deutscher Firmen steigt ununterbrochen: Im vergangenen Jahr wuchsen allein die Ausfuhren in die Volksrepublik um 9,4 Prozent auf insgesamt 54 Milliarden Euro. Eine Kaufverweigerung chinesischer Konsumenten brächte ebenso schwere Einbußen wie der Verlust chinesischer Staatsaufträge. Auch Schwierigkeiten bei ihren China-Investitionen würden den deutschen Unternehmen schaden. "Einschränkungen der geschäftlichen Beziehungen würden die deutsche Wirtschaft (...) empfindlich in einem wichtigen Wachstumsmarkt treffen", erklärt der Vorsitzende des Asien-Pazifik-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, Jürgen Hambrecht.[1] Hambrecht ist Vorstandsvorsitzender des Chemiekonzerns BASF, der in hohem Maße von den geringen Löhnen und den unternehmensfreundlichen Rahmenbedingungen in China profitiert: BASF hat dort Milliardensummen investiert, das Land ist inzwischen sein drittgrößter Absatzmarkt nach Deutschland und den USA.

Unglaublich

Warnend äußern sich auch deutsche Politikberater. "China wird auf schroffe Forderungen anderer Regierungen nicht reagieren", heißt es in einer realistischen Lageeinschätzung aus dem Hamburger Institut für Asien-Studien. Man müsse sich "davor hüten, unterschiedliche Standards im Zusammenhang mit vergleichbaren Ereignissen in verschiedenen Ländern anzulegen", schreibt der Thinktank in unmittelbarer Anspielung auf die Tibet-Kampagne: Doppelmoral "macht jede noch so klare Haltung unglaublich" [2] und entzieht damit künftigen Gesprächen den Boden. Dies wiegt umso schwerer, als die Autoren eine deutliche Verschiebung des internationalen Machtgefüges konstatieren - politische und wirtschaftliche Druckmittel gegen China greifen nicht mehr wie zuvor. "Bei den Themen Nordkorea, dem iranischen Atomprogramm oder beim globalen Klimaschutz geht nichts mehr ohne Beijing" [3], heißt es in Hamburg: "Wirtschaftliche Strafmaßnahmen trafen westliche Volkswirtschaften zudem wohl mehr als die chinesische."

Demütigungen

Wie Korrespondentenberichte aus Beijing bestätigen, sind die Befürchtungen von Wirtschaft und Politikberatern durchaus begründet. "Viele Chinesen innerhalb und außerhalb der Volksrepublik fühlen sich international gedemütigt", heißt es in einer führenden deutschen Tageszeitung über die Reaktionen auf die westliche Kampagne: "Auch solche chinesischen Bürger, die sonst viel Kritik an ihrer Regierung vorbringen, sind sich einig in der Zurückweisung westlicher Kritik".[4] In China ist die Erinnerung an das Vorgehen der westlichen Kolonialmächte im 19. und 20. Jahrhundert noch lebendig - ihnen gelang es damals, China zu spalten und verschiedene Landesteile gegeneinander auszuspielen, mit blutigen Folgen für das gesamte Land. Die aktuellen westlichen Demütigungen rufen Erinnerungen an die damaligen Aggressionen wach, schwächen die Position prowestlicher Kräfte und bereiten möglichen Boykottmaßnahmen der chinesischen Seite den Boden. So berichtet etwa ein TV-Korrespondent aus China: "Die Mehrheit der Bevölkerung steht jetzt in trotziger Wut dem Ausland und vor allem den westlichen Medien gegenüber." [5]

Beleidigend

Dem Korrespondenten zufolge wird das "wochenlange Trommelfeuer der westlichen Medien" in China nicht nur allgemein "als beleidigend" wahrgenommen; "die deutschen Medien", deren Berichterstattung nicht zuletzt die wachsende chinesische Community in der Bundesrepublik aufmerksam registriert, werden "mittlerweile als besonders manipulativ empfunden".[6] "Das muss man ernst nehmen", urteilt der Journalist, "weil ausländische

Medien bislang eine relativ hohe Glaubwürdigkeit in China hatten. Das hat sich komplett gedreht."^[7]

Unverhältnismäßig

Kritik trifft nicht nur den wertenden Charakter der Berichterstattung; auch sachliche Behauptungen sind nicht selten irreführend oder sogar falsch. So hält Dr. Ingo Nentwig, Sinologe und Ethnologe und Experte für die chinesische Nationalitätenpolitik, den oft gebrauchten Terminus "kultureller Völkermord" für die Entwicklung in Tibet für "völlig unangebracht". Auch dass Beijing Tibet "sinisieren" wolle, ist Nentwig zufolge "falsch". Nentwig stellt im Gespräch mit german-foreign-policy.com gängige Vorurteile über China und seine Nationalitätenpolitik richtig und übt scharfe Kritik an der Berichterstattung in Deutschland: "Die Verhältnismäßigkeit ist in der medialen Darstellung überhaupt nicht mehr gegeben." (Das vollständige Interview finden Sie [hier](#).)

Massenmobilisierung

Ungeachtet aller Warnungen und trotz interessierter Kritik verschärft Berlin die Tibet-Kampagne. Jüngste Stellungnahmen deutscher Politiker fordern einen TV-Boykott zentraler Olympia-Feiern. Inzwischen starten sogar Sportverbände und die evangelische Kirche eine antichinesische Massenmobilisierung für die Spiele. Eine nicht näher charakterisierte

Sportler-Initiative bereitet Armbänder vor, mit denen die Olympioniken im August gegen ihre Gastgeber protestieren sollen. Auch die evangelische Kirche verteilt Armbänder, die demselben Zweck dienen und für deutsche Olympia-Touristen in Beijing vorgesehen sind. Die Provokationen gegen China heizen systematisch nationalistische Spannungen auf und nehmen inzwischen den Charakter einer Massenbewegung an.

Bitte lesen Sie auch unser [Interview mit Dr. Ingo Nentwig](#).

Nähere Informationen zur deutschen Tibet-Politik finden Sie hier: [Schwächungsstrategien \(I\)](#), [Schwächungsstrategien \(II\)](#), [Schwächungsstrategien \(III\)](#), [Schwächungsstrategien \(IV\)](#), [Der Olympia-Hebel](#), [Die Fackellauf-Kampagne](#) und [Operationen gegen China](#).

[1] Wirtschaft besorgt über kritische China-Debatte; Handelsblatt 14.04.2008

[2], [3] "Der Dissens unter den Exiltibetern wächst". Interview mit China-Experten: Unruhen unterminieren pazifistisches Credo des Dalai Lama - Beijing fürchtet Vision eines Großtibet; GIGA News 20.03.2008

[4] Kämpft für die Abspaltung Korsikas! Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.04.2008

[5], [6] "Deutsche Medien werden in China zur Hauptzielscheibe"; tagesschau.de 17.04.2008

[7] s. dazu [Operationen gegen China](#)

Operationen gegen China

15.04.2008

LHASA/WASHINGTON/BERLIN

(Eigener Bericht) - Mehrere Vorfeldorganisationen der Berliner Außenpolitik unterstützen seit Jahren die tibetischen Exilstrukturen im indischen Dharamsala. Dabei handelt es sich unter anderem um organisatorische Hilfsmaßnahmen, die es der "Exilregierung" in Dharamsala ermöglichen, ihre gegen die Volksrepublik China gerichteten Aktivitäten weltweit zu orchestrieren. Kooperationen mit der "Exilregierung" und anderen Einrichtungen des tibetischen Exils unterhalten vor allem die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung sowie die Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Die Grünen). Gleichgerichtete Tätigkeiten führen heute auch Vorfeldorganisationen der US-Außenpolitik durch. Washington hatte schon in den 1950er Jahren mit Millionensummen in Tibet interveniert, damals aber sogar bewaffnete Aufstände von Tibetern gegen die Volksrepublik unterstützt. Deutsche Organisationen nahmen sich gegen Ende der 1980er Jahre der Tibet-Thematik an, als China zum globalen

Konkurrenten des Westens aufzusteigen begann. Die aktuellen Aktivitäten sind geeignet, Beijing recht empfindlich zu schwächen. Sie ergänzen weitere deutsch-amerikanische Maßnahmen, die den Aufstieg des ostasiatischen Konkurrenten bremsen sollen.

Guerilla-Angriffe

Die ersten westlichen Tibet-Aktivitäten begannen schon wenige Jahre nach der Gründung der Volksrepublik. Sie sind im politischen Gedächtnis Chinas bis heute präsent und spielen bei der Beurteilung aktueller separatistischer Tendenzen eine nicht unwichtige Rolle. Dabei handelt es sich um die 1957 einsetzende logistische und militärische Unterstützung der USA für bewaffnete tibetische Aufstände, mit denen die kommunistische Herrschaft erschüttert werden sollte.[1] Die Maßnahmen überdauerten die Flucht des Dalai Lama nach Dharamsala ins indische Exil, wo sich nach 1959 die tibetische "Exilregierung" etablierte. Wie Washingtoner Regierungsdokumente belegen, zahlte die CIA in den 1960er Jahren bis zu 1,7 Millionen US-Dollar pro Jahr, um "Operationen gegen China" in Gang zu halten. Bis zu 180.000 US-Dollar gingen direkt an den Dalai Lama.[2] Vereinzelte Kämpfe fanden noch bis in die 1970er Jahre statt. "Von Mustang aus, einer tibetischen Enklave in Nepal, wurden mit amerikanischer Unterstützung Guerilla-Angriffe geführt, die erst 1974 endeten, als die USA und die nepalesische Regierung ihre Hilfe einstellten", berichtet die Tibet-Expertin Prof. Karenina Kollmar-Paulenz.[3] Zwei Jahre zuvor hatte Washington neue Kooperationen mit Beijing eingeleitet, die das gemeinsame Vorgehen gegen die Sowjetunion als vordringliche Aufgabe definierten.

Grün-alternativ

Deutsche Organisationen sind seit den 1980er Jahren intensiv mit der Tibet-Thematik befasst. Zu diesem Zeitpunkt hatte in der Volksrepublik der Wirtschaftsaufschwung begonnen, der das Land inzwischen an die Spitze der globalen Handelsstatistiken führte. Polit-Strategen hielten schon damals den Aufstieg Chinas zur Großmacht für möglich - und sahen künftige Rivalitäten zwischen Beijing und den westlichen Mächten voraus. 1985 knüpfte die Bundestagsfraktion der "Grünen" an die Tibet-Kontakte zum Buddhismus bekehrter "alternativer" Kreise an und setzte die Autonomie- und Sezessionsforderungen in der chinesischen Region mit Anhörungen und Resolutionen auf die Tagesordnung der bundesdeutschen Politik. Involviert war bereits damals mit Tsewang Norbu ein ehemaliger Mitarbeiter des Dalai Lama, der zunächst als Angestellter der "grünen" Bundestagsabgeordneten Petra Kelly die Tibet-Politik mitgestaltete und seit 1992 von der Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Die Grünen) beschäftigt wird - bis heute. Norbu gründete darüber hinaus die Deutsch-Tibetische Kulturgesellschaft, deren stellvertretender Vorsitzender er lange Zeit war, und arbeitete auch als Berliner "Special Correspondent" des US-finanzierten Senders "Radio Free Asia" (RFA). RFA gehört zu den Quellen, auf denen die aktuelle westliche Berichterstattung über die Unruhen in Tibet beruht.

Politische Willensbildung

Mit Tibet-Aktivitäten sind heute insbesondere zwei der großen deutschen parteinahen Stiftungen befasst, die der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog als "wirksamste Instrumente der deutschen Außenpolitik" bezeichnet hat.[4] Die Stiftungen werden zum überwiegenden Teil aus staatlichen Haushalten finanziert. Eine von ihnen, die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung, berät das tibetische Exilparlament seit 1991 "in allen Fragen der politischen Bildung". Diese Tätigkeit werde "für die politische Willensbildung tibetischer Parlamentarier (...) sehr wichtig sein", hieß es schon vor Jahren bei der Stiftung.[5] Einer ihrer Projektpartner ("Tibetan Parliamentary and Policy Research Centre", TPPRC) führt Workshops für die meist in Indien oder in Nepal ansässigen tibetischen Exilgemeinschaften durch.[6] Außerdem vermittelt er tibetischen Studenten, "wie sie ihrem Land innerhalb oder außerhalb der Regierung dienen können".[7] Von 2003 bis 2007 nahmen insgesamt 500 Studenten an den Veranstaltungen teil. Die Friedrich-Naumann-Stiftung organisiert außerdem schon seit Mitte der 1990er Jahre Konferenzen, die "die Arbeit der internationalen Tibet-

Gruppen koordinieren und ihre Verbindungen zur Zentraltibetischen Exilregierung festigen" sollen - eine aufwendige Tätigkeit, die die weltweite Vernetzung der Tibet-Aktivisten mit Dharamsala erleichtert. Die jüngste dieser Konferenzen endete im Mai 2007 mit der Einigung auf einen "Aktionsplan", bei dem es auch um die Nutzung der Olympischen Spiele in Beijing für die exiltibetischen Anliegen ging (german-foreign-policy.com berichtete [8]).

Rechtfertigung

In Sachen "Tibet" aktiv ist auch die Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Die Grünen). Dazu nutzt sie wie die Friedrich-Naumann-Stiftung unter anderem ihr Büro in Indien. Laut eigenen Angaben hat sie "ihre langjährige Unterstützung der exiltibetischen Gemeinschaft zum Jahreswechsel 2005/2006 stärker fokussiert".[9] Sie konzentriert sich jetzt auf die Unterstützung zweier Organisationen, die ihren Sitz in der exiltibetischen "Hauptstadt" Dharamsala haben. Dabei handelt es sich um das "Tibetan Centre for Conflict Resolution" (TCCR), das in exiltibetischen Gemeinden Streit schlichtet, und insbesondere um das "Tibetan Centre for Human Rights and Democracy" (TCHRD). Das TCHRD erstellt jährlich einen Bericht über die Menschenrechtsverletzungen in Tibet und besitzt hohe Bedeutung für die Rechtfertigung tibetischer Polit-Forderungen. "In Anbetracht der nach wie vor aktuellen, wenn auch fast aussichtslos erscheinenden Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der Tibeter existiert (...) weiterhin ein großer Bedarf an der Dokumentation der durch die chinesische Staatsgewalt in Tibet ausgeübten Menschenrechtsverletzungen und Assimilierungspolitik, wie sie beispielsweise vom Stiftungspartnerpartner TCHRD betrieben wird" [10], schreibt die Heinrich-Böll-Stiftung. Das TCHRD wird auch vom "National Endowment for Democracy" (NED) unterstützt, einer Vorfeldorganisation der US-Außenpolitik, die durch die Finanzierung sogenannter "Farbenrevolutionen" in Osteuropa und Zentralasien bekannt geworden ist.

Flächenbrand

Die Tibet-Aktivitäten der deutschen Stiftungen berühren einen der sensibelsten Punkte der chinesischen Politik. Sie stellen nicht nur eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes dar, sondern tangieren den territorialen Bestand der Volksrepublik. "In gewisser Weise ist Tibet der Eckstein eines fragilen Vielvölkerstaats", beschreibt eine Politikberaterin vom Hamburger Institut für Asien-Studien die Problematik: "Ein Schreckensszenario Beijings ist, dass es von Tibet aus zu einem Flächenbrand kommen könnte." So sind "auf einer Landkarte in einer Autobiographie des Dalai Lama von 1990 (...) neben Großtibet auch 'Ostturkestan' als Siedlungsgebiet muslimischer Uiguren, die 'Innere Mongolei' und die 'Mandschurei' eingezeichnet." [11] Die Sezession dieser Gebiete hätte schwere Folgen: "Das verbleibende chinesische Siedlungsgebiet schrumpft so auf ein Drittel des Territoriums der Volksrepublik."

Strategisch, nicht legalistisch

Tatsächlich ist die aktuelle Tibet-Kampagne, zu der auch deutsche Organisationen beigetragen haben, nur ein Beispiel für die zunehmend antichinesische Politik Berlins und Washingtons. In Afrika agitieren die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten inzwischen offen gegen China. [12] Aggressive Konkurrenz wird auch in Lateinamerika [13] und Zentralasien [14] praktiziert. Als mögliches asiatisches Gegengewicht zur Eindämmung der Volksrepublik gilt Indien. Es wird entsprechend vom Westen umworben. [15] Auch hier könnte Tibet als Hebel dienen, um die zögerlichen herrschenden Kreise in New Delhi auf Kurs zu bringen. Es sei "Zeit für Indien", seine "ängstliche Annäherung" an China zu beenden und Beijing - auch im Hinblick auf Tibet - "unter Druck" zu setzen, heißt es in einer Stellungnahme eines ehemaligen Beamten des indischen Außenministeriums. Die Beziehungen zu China müssten "aus einer strategischen, nicht aus einer legalistischen Perspektive" gestaltet werden. Das Positionspapier wird vom Indien-Büro der Heinrich-Böll-Stiftung zur Debatte gestellt. [16]

Nicht geduldet

Nicht zuletzt heizt die Tibet-Kampagne auch in Deutschland selbst antichinesische Stimmungen an und lässt immer weniger Raum für Kritik. Meinungen, die vom gegen Beijing gerichteten Mainstream abweichen, werden inzwischen sogar mit Sanktionen belegt. In Köln musste jetzt der Vortrag eines Sinologen zum Thema Tibet kurzfristig abgesagt werden. Die Organisatoren hatten die einseitige westliche Berichterstattung kritisiert und wollten eine differenziertere Debatte über den Konflikt anstoßen.[17] Diese Absicht führte dazu, dass ihnen die für den Vortrag angemieteten Räume in einem Kölner Bürgerzentrum kurzfristig gekündigt wurden. Wie die Verantwortlichen des Bürgerzentrums mitteilten, werde man keine "anti-tibetischen" Veranstaltungen dulden.

Nähere Informationen zur deutschen Tibet-Politik finden Sie hier: [Schwächungsstrategien \(I\)](#), [Schwächungsstrategien \(II\)](#), [Schwächungsstrategien \(III\)](#), [Schwächungsstrategien \(IV\)](#), [Der Olympia-Hebel](#) und [Die Fackellauf-Kampagne](#).

[1] Karenina Kollmar Paulenz: Kleine Geschichte Tibets, München 2006

[2] CIA funded covert Tibet exile campaign in 1960s; The Age (Australia) 16.09.1998

[3] Karenina Kollmar Paulenz: Kleine Geschichte Tibets, München 2006

[4] s. dazu ["Wirksamste Instrumente der deutschen Außenpolitik"](#)

[5] Buchbesprechung: "Tibet im Exil"; www.fnst-freiheit.org

[6] Intensive workshop for Tibetan Local Assembly Members; www.southasia.fnst-freiheit.org

[7] "The objective is to make the student understand oneself and the exile government, enabling them to know exactly how to serve their country by working within the government or outside it." Youth Leadership Training with a Difference; www.southasia.fnst-freiheit.org

[8] s. dazu [Die Fackellauf-Kampagne](#)

[9], [10] Heinrich-Böll-Stiftung: Politischer Jahresbericht Länderbüro Indien, 2005/2006

[11] "Der Dissens unter den Exiltibetern wächst". Interview mit China-Experten: Unruhen unterminieren pazifistisches Credo des Dalai Lama - Beijing fürchtet Vision eines Großtibet; GIGA News 20.03.2008

[12] s. dazu [Mr. Horst Köhler, Managing Director, Auf gleicher Augenhöhe, Hegemonialkonkurrenten](#) und [Näher an Afrika](#)

[13] s. dazu [Strategische Neubestimmungen, Schlüsselpositionen](#) und [Zu den Minen](#)

[14] s. dazu [Spät, aber nachhaltig](#) und [Günstige Lage](#)

[15] s. dazu [Militärpartner, Friedensmächte](#) und [Der dritte Pfeiler](#)

[16] "It is time for India to get out of its defensive mindset and timid approach in dealing with China. There are vital national security interests at stake. Relations with China must be handled from a strategic, not a legalistic, perspective. The approach India follows should be multi-dimensional. India does want better relations with China, but it must also evolve a calculated and calibrated policy to put China under some pressure to safeguard its interests and concerns." Rajiv Sikri: India's Tibet Policy: Need for a Change; www.boell-india.org

[17] Für Informationen zu Tibet in der Alten Feuerwache kein Platz? www.salz-köln.de

Augenzeuge

08.04.2008

LHASA/FRANKFURT AM MAIN

german-foreign-policy.com dokumentiert einen Ausschnitt aus einem CNN-Interview mit dem britischen Journalisten James Miles ("The Economist"), der Augenzeuge der Unruhen in Lhasa wurde, und einen Ausschnitt aus einem Artikel der Frankfurter Rundschau, der auf einen Bericht desselben Journalisten rekurriert.

Transcript: James Miles interview on Tibet

CNN 20.03.2008

(...)

Miles: What I saw was calculated targeted violence against an ethnic group, or I should say two ethnic groups, primarily ethnic Han Chinese living in Lhasa, but also members of the Muslim Hui minority in Lhasa. And the Huis in Lhasa control much of the meat industry in the city. Those two groups were singled out by ethnic Tibetans. They marked those businesses that they knew to be Tibetan owned with white traditional scarves. Those businesses were left intact. Almost every single other across a wide swathe of the city, not only in the old Tibetan quarter, but also beyond it in areas dominated by the ethnic Han Chinese. Almost every other business was either burned, looted, destroyed, smashed into, the property therein hauled out into the streets, piled up, burned. It was an extraordinary outpouring of ethnic violence of a most unpleasant nature to watch, which surprised some Tibetans watching it. So they themselves were taken aback at the extent of what they saw. And it was not just targeted against property either. Of course many ethnic Han Chinese and Huis fled as soon as this broke out. But those who were caught in the early stages of it were themselves targeted. Stones thrown at them.

(...)

Question: There was an official response to this. In some reporting, info coming from Tibetan exiles, there was keenness to report it as Tiananmen.

Miles: Well the Chinese response to this was very interesting. Because you would expect at the first signs of any unrest in Lhasa, which is a city on a knife-edge at the best of times. That the response would be immediate and decisive. That they would cordon off whatever section of the city involved, that they would grab the people involved in the unrest. In fact what we saw, and I was watching it at the earliest stages, was complete inaction on the part of the authorities. It seemed as if they were paralyzed by indecision over how to handle this. The rioting rapidly spread from Beijing Road, this main central thoroughfare of Lhasa, into the narrow alleyways of the old Tibetan quarter. But I didn't see any attempt in those early hours by the authorities to intervene. And I suspect again the Olympics were a factor there. That they were very worried that if they did move in decisively at that early stage of the unrest that bloodshed would ensue in their efforts to control it. And what they did instead was let the rioting run its course and it didn't really finish as far as I saw until the middle of the day on the following day on the Saturday, March the 15th. So in effect what they did was sacrifice the livelihoods of many, many ethnic Han Chinese in the city for the sake of letting the rioters vent their anger. And then being able to move in gradually with troops with rifles that they occasionally let off with single shots, apparently warning shots, in order to scare everybody back into their homes and put an end to this.

Question: Would be false to suggest there was heavy-handed security approach?

Miles: Well this was covering a vast area of the city and I was the only foreign journalist, at least accredited, to ... who was there to witness this. It was impossible to get a total picture. I did hear persistent rumors while I was there during this rioting of isolated clashes between the security forces and rioters. And rumors of occasional bloodshed involved in that. But I can do no more really on the basis of what I saw then say there was a probability that some ethnic Chinese were killed in this violence, and also a probability that some Tibetans, Tibetan rioters themselves were killed by members of the security forces. But it's impossible to get the kind



of numbers or real first hand evidences necessary to back that up.

(...)

E-Mail aus der Stadt ohne Zeugen
Frankfurter Rundschau 18.03.2008

(...)

James Miles, Korrespondent des Economist, ist seit Mittwoch in Lhasa. Er habe seine Reise lange vor dem Ausbruch der Unruhen beantragt und die erforderlichen Papiere erhalten, berichtet er am Telefon. Er spricht mit überraschender Ruhe. "Bis gestern war es zu gefährlich, um auf die Straße zu gehen", sagt er. Das ganze Wochenende über seien Schüsse zu hören gewesen. Von seinem Zimmer aus sah er plündernde Menschenmengen. Viele Tibeter seien erzürnt über steigende Preise und die hohe Arbeitslosigkeit. Gewaltsame Übergriffe der Sicherheitspolizei habe er nicht beobachtet. "Aber ich sehe nur einen kleinen Ausschnitt der Stadt."

Die Fackellauf-Kampagne

08.04.2008

LHASA/BERLIN

(Eigener Bericht) - Eine Vorfeldorganisation der Berliner Außenpolitik ist maßgeblich in die Vorbereitung der aktuellen antichinesischen Tibet-Kampagne involviert. Dies geht aus Tagungsberichten und aus Recherchen eines kanadischen Journalisten hervor. Demnach wird die Kampagne von einer Zentrale in Washington gesteuert, die im Mai 2007 auf einer Tagung der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung mit der Organisierung weltweiter "Proteste" beauftragt worden ist. Die Pläne wurden unter Mitwirkung des US State Department und der selbsternannten tibetischen Exilregierung erarbeitet. Sie sehen publikumswirksame Aktionen während des olympischen Fackellaufs vor und sollen im August während der Spiele in Beijing ihren Höhepunkt erreichen. Die Kampagne startete bereits im vergangenen Sommer und profitiert nun von den aktuellen Unruhen im Westen der Volksrepublik China, die von den deutschen Medien mit deutlichem Interesse begleitet werden. Die Unruhen begannen mit mörderischen pogromartigen Überfällen tibetischer Banden auf nicht-tibetische Bevölkerungsteile, darunter die muslimische Minderheit Chinas. Sie forderten zahlreiche Todesopfer unter den Nicht-Tibetern und provozierten damit Reaktionen der chinesischen Sicherheitskräfte.

Ausgangspunkt für die aktuelle antichinesische Tibet-Kampagne, die am gestrigen Montag in Paris gewaltsam den Abbruch des olympischen Fackellaufs erzwang, ist den Recherchen eines kanadischen Journalisten zufolge eine Konferenz der Friedrich-Naumann-Stiftung (FNSt).^[1] Bei dem Treffen handelte es sich um die fünfte "International Tibet Support Groups Conference", die vom 11. bis zum 14. Mai 2007 in Brüssel abgehalten wurde. Sie sollte laut Auskunft der FNSt nicht anders als ihre vier Vorgängerkonferenzen ^[2] "die Arbeit der internationalen Tibet-Gruppen koordinieren und ihre Verbindungen zur Zentraltibetischen Exilregierung festigen" ^[3]. Die deutsche Stiftung, die sich weitgehend aus staatlichen Mitteln finanziert, hatte mit den Vorbereitungen für die Konferenz schon im März 2005 begonnen und ihr Vorgehen mit dem Dalai Lama am Sitz der selbsternannten tibetischen Exilregierung in Dharamsala (Indien) abgestimmt. Schließlich nahmen über 300 Personen aus 56 Ländern teil, 36 tibetische Verbände und 145 Tibet-Unterstützungsgruppen waren vertreten.

Roadmap

Die Konferenz ging nach mehrtägigen Verhandlungen mit der Einigung auf einen "Aktionsplan" zu Ende. Das Papier wird als "Roadmap für die Tibet-Bewegung der kommenden Jahre" bezeichnet und bezieht sich auf vier Themen: "politische Unterstützung für Verhandlungen", "Menschenrechte", "Umwelt und Entwicklung" und "die Olympischen Spiele 2008 in Beijing". Die Beschlüsse richten sich gleichermaßen an die Bevölkerung Tibets und "ihre Unterstützer auf der ganzen Welt".[4] Wie Rolf Berndt, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der FNSt, in Brüssel erklärte, seien die Olympischen Spiele "eine ausgezeichnete Gelegenheit", öffentlich für die Anliegen der "Tibet-Bewegung" zu werben.[5] Die Konferenzteilnehmer kamen überein, für die kommenden 15 Monate Olympia zum Hauptangriffspunkt ihrer Aktivitäten zu machen.[6] Für die Kampagne engagierten sie eine hauptamtliche Kraft, die seitdem von einer Zentrale in Washington aus die weltweiten Tibet-Aktionen dirigiert.

State Department

Den von der Friedrich-Naumann-Stiftung vorbereiteten Brüsseler Konferenzbeschlüssen kommt nicht nur wegen der großen Teilnehmerzahl besondere Bedeutung zu, sondern auch, weil sie unter Mitwirkung einflussreicher Politiker zustande kamen. So war die selbsternannte tibetische Exilregierung, die unter den Separatisten hohes Ansehen genießt, mit ihrem "Premierminister" Samdong Rinpoche vertreten. Anwesend war des weiteren ein prominenter Politiker aus dem indischen Bundesstaat Himachal Pradesh, der an die Volksrepublik China grenzt und in der Kleinstadt Dharamsala die "Exilregierung" Tibets beherbergt. Zwischen Himachal Pradesh und der chinesischen Autonomen Region Tibet findet ein reger Austausch statt. An der Brüsseler Konferenz nahm insbesondere auch Paula Dobriansky teil, Undersecretary of State im US-Außenministerium und Special Coordinator für Tibet. Sie arbeitete bereits unter Präsident Ronald Reagan im Nationalen Sicherheitsrat, setzte während der Amtszeit von Präsident Bush senior ihre Karriere im State Department fort und ist seit 2001 erneut dort tätig. Frau Dobriansky wird dem inneren Kreis der Neokonservativen in der Bush-Regierung zugerechnet und gilt als durchsetzungsfähige Hardlinerin.

Jeden Tag

Wie aus Recherchen eines kanadischen Journalisten hervorgeht, entfaltet die in Brüssel eingesetzte Washingtoner Kampagnenzentrale recht erfolgreiche Aktivitäten. Eine enge Mitarbeiterin organisierte schon Anfang August 2007, genau ein Jahr vor Beginn der Olympischen Spiele, eine publikumswirksame Aktion an der von Touristen überlaufenen Großen Mauer nördlich Beijings. Sie verfügt über enge Kontakte zur tibetischen "Exilregierung".[7] Eine weitere enge Mitarbeiterin dirigierte kürzlich die Störung der Fackelzeremonie in Griechenland, die von Fernsehsendern weltweit übertragen wurde. Von der Zentrale in Washington werden auch weitere "Proteste" gesteuert, die den Fackellauf stören sollen. Die Kampagne wird ihren Höhepunkt während der Spiele im August entfalten. "Wir sind entschlossen, jeden Tag gewaltlose Aktionen im Herzen Beijings durchzuführen", erklärt eine Aktivistin.[8]

Gnadenlos

Die antichinesische Tibet-Kampagne, initiiert unter Anleitung einer Vorfeldorganisation des Auswärtigen Amts (Friedrich-Naumann-Stiftung) und einer hochrangigen Vertreterin des State Department, entfaltet ihre volle Wirksamkeit erst seit den Unruhen im Westen der Volksrepublik China, die wenige Tage vor dem Beginn des Fackellaufs starteten. Während die deutschen Medien vor allem von brutalen Attacken der chinesischen Sicherheitskräfte berichten, stellen sich die Ereignisse in Zeugenberichten anders dar. So schildert der britische Journalist James Miles ("The Economist"), der sich vom 12. bis zum 19. März in Lhasa aufhielt, pogromartige Überfälle tibetischer Banden auf nicht-tibetische Bevölkerungsteile der Stadt, darunter die muslimische Minderheit. Miles zufolge wurden Läden tibetischer Händler markiert und blieben unbeschädigt, sämtliche anderen Geschäfte wurden geplündert, zerstört oder angezündet.[9] Allein in einem einzigen in Brand gesteckten Gebäude kamen fünf

Textilverkäuferinnen zu Tode. Neben Miles beschreiben auch westliche Touristen brutale Angriffe auf Nicht-Tibeter. So beobachtete ein Kanadier, wie mehrere Tibeter auf einen chinesischen Motorradfahrer einprügeln und ihn "gnadenlos" mit Steinen traktierten. "Schließlich warfen sie ihn zu Boden, schlugen ihn mit Steinen auf den Kopf, bis er das Bewusstsein verlor. Ich glaube, dass der junge Mann getötet wurde", berichtete der Tourist.[10]

Manipulationen

Während Miles im CNN-Interview zurückhaltende Reaktionen der chinesischen Sicherheitskräfte beschreibt, dienen die Unruhen den deutschen Medien als Folie für eine Darstellung brutaler chinesischer Repression. Tatsachen spielen dabei offenbar eine untergeordnete Rolle. So mussten Fernsehsender und Tageszeitungen inzwischen Bildmanipulationen eingestehen: Filmsequenzen mit prügelnden nepalesischen Polizisten wurden als Dokumentation angeblicher chinesischer Polizeiübergriffe verkauft.[11] Die Rettung eines Jungen aus den Fängen angreifender Tibeter durch Sicherheitskräfte wurde grob irreführend als gewaltsame Festnahme etikettiert. Selbst die Berichte von Miles wurden redaktionell so eingebunden, dass sie die chinesische Repression ins Zentrum rücken. german-foreign-policy.com dokumentiert zum Vergleich Auszüge aus einem CNN-Interview mit dem britischen Journalisten sowie eine entsprechende Passage aus einer bekannten deutschen Tageszeitung (bitte klicken Sie [hier](#)).[12]

Vorgriff

Die pogromartigen Überfälle haben nicht nur die nötige Medienöffentlichkeit für die aktuelle, mit Hilfe der Friedrich-Naumann-Stiftung initiierte Tibet-Kampagne geschaffen. Sie erlauben auch Einblicke in den Charakter des tibetischen Separatismus. So hat der "Ministerpräsident" der tibetischen "Exilregierung", der auf der Brüsseler Tibet-Konferenz vom Mai 2007 an der Erstellung des jetzt umgesetzten Aktionsplans mitwirkte, schon Ende der 1990er Jahre in der deutschen Presse seine Ansichten über diejenigen Bewohner Tibets mitgeteilt, die in den vergangenen 50 Jahren dort eingewandert sind. Sie würden im Falle einer erfolgreichen Sezession "nach China zurückkehren müssen oder, wenn sie bleiben wollen, als Ausländer behandelt werden", erklärte er über die geplanten Maßnahmen: "Am politischen Leben dürfen sie jedenfalls nicht teilnehmen." [13] Der in Aussicht gestellten Diskriminierung aller Nicht-Tibeter haben tibetische Schlägerbanden nun Mitte März vorgegriffen - mit blutigen Attacken auf Chinesen und auf Angehörige der muslimischen Minderheit.

Nähere Informationen zur deutschen Tibet-Politik finden Sie hier: [Schwächungsstrategien \(I\)](#), [Schwächungsstrategien \(II\)](#), [Schwächungsstrategien \(III\)](#), [Schwächungsstrategien \(IV\)](#) und [Der Olympia-Hebel](#).

[1] Doug Saunders: How three Canadians upstaged Beijing; Globe and Mail 29.03.2008. Die Konferenz wurde von der Friedrich-Naumann-Stiftung in Zusammenarbeit mit der selbsternannten tibetischen Exilregierung und einem interfraktionellen Zusammenschluss des belgischen Parlaments durchgeführt.

[2] Die ersten vier "International Tibet Support Groups Conferences" fanden 1990 (Dharamsala), 1996 (Bonn), 2000 (Berlin) und 2003 (Prag) statt. Bereits die zweite Konferenz wurde von der Friedrich-Naumann-Stiftung organisiert.

[3] Gerhardt kritisiert Belgien nach Absage des Dalai-Lama-Besuchs; www.fnst-freiheit.org 11.05.2007

[4] Brussels Tibet conference roadmap for peace in Tibet; www.tibet.com 14.05.2007

[5] Valedictory Speech, International Tibet Support Groups Conference 5th, Dr. h.c. Rolf Berndt, Executive Director, Friedrich-Naumann-Stiftung fuer die Freiheit, Brussels, 14th May 2007

[6], [7], [8] Doug Saunders: How three Canadians upstaged Beijing; Globe and Mail 29.03.2008

[9] Transcript: James Miles interview on Tibet; CNN 20.03.2008



[10] Chinese beaten mercilessly - tourists; Herald Sun 19.03.2008

[11] Fotos aus Tibet; Frankfurter Allgemeine Zeitung 24.03.2008

[12] s. dazu [Augenzeuge](#)

[13] "99 Prozent der Tibeter vertrauen in Seine Heiligkeit"; Berliner Zeitung 20.10.1997.
Ähnlich hat sich erst kürzlich der Dalai Lama geäußert. "Alle Chinesen, die Tibetisch sprechen und die tibetische Kultur respektieren, können bleiben", sagte er einer deutschen Zeitung - mit einer Einschränkung: "sofern es nicht zu viele sind". "China mischt sich auch in Deutschlands Angelegenheiten ein"; Süddeutsche Zeitung 21.09.2007

Der Olympia-Hebel

17.03.2008

BERLIN/BEIJING

(Eigener Bericht) - Berlin bedient sich der Unruhen im Westen der Volksrepublik China zur Fortsetzung seiner Schwächungskampagne gegen Beijing. Wie Bundeskanzlerin Angela Merkel fordert, soll die chinesische Regierung den "Dialog" mit dem Dalai Lama aufnehmen, dem bekanntesten Anführer der tibetischen Separatisten. Der Ministerpräsident des Bundeslandes Hessen, Roland Koch, will internationale Beobachter nach Lhasa entsenden und schließt einen Boykott der Olympischen Spiele nicht aus. Seit dem vergangenen Jahr nutzen deutsche Politiker Olympia als Druckmittel, um eine Änderung der chinesischen Tibetpolitik und eine Destabilisierung der Kontrolle über Westchina zu erzwingen. Treffen, auf denen dieser Plan im Zentrum stand, wurden im vergangenen Jahr von der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung und einer Arbeitsgruppe des Deutschen Bundestages veranstaltet. Beijing habe sich mit der Ausrichtung von Olympia "verzockt", urteilten Berliner Regierungsberater: Der aufsteigende ostasiatische Konkurrent werde nach den Spielen schlechter dastehen als zuvor.

Ausgangspunkt für die aktuelle Einmischung deutscher Politiker in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik China sind die jüngsten Unruhen in der westchinesischen Region Tibet. Dort kommt es seit Tagen zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Separatisten und der Staatsmacht. Die Separatisten greifen Geschäfte und Einrichtungen an, deren Besitzer bzw. Träger die chinesische Hochsprache sprechen, und liefern sich Kämpfe mit der Polizei. Zahlreiche Todesopfer sind zu beklagen. Bei dem Konflikt steht die Souveränität Beijings über den Westen seines Hoheitsgebiets auf dem Spiel - und damit zugleich das Einflusspotenzial der aufsteigenden Weltmacht.

Aufwertung

Berlin macht sich die Auseinandersetzungen zunutze, um die Volksrepublik China zu schwächen. Bundeskanzlerin Merkel fordert den direkten "Dialog" zwischen Beijing und dem Dalai Lama - eine Aufwertung des Anführers der tibetischen Separatisten, die sie selbst im vergangenen Herbst vorbereitet hat: mit der Einladung des Gottkönigs zu Gesprächen im Berliner Kanzleramt. Das Treffen war Teil einer Rundreise des Dalai Lama durch mehrere westliche Hauptstädte, die im Oktober in Washington endete und das Oberhaupt der tibetischen Exilregierung zum internationalen Gegenspieler der chinesischen Regierung erhob. Die PR- und Subversions-Aktionen, die die Souveränität Beijings über die Westgebiete Chinas in Frage stellen oder gar zum "Unrecht" erklären, werden mit einer erneuten Deutschlandreise des Dalai Lama im Mai fortgesetzt.

"Team Tibet"

Die chinesischen Vorbereitungen auf die Olympischen Spiele im Sommer dienen Berlin dabei als taktisches Element. Bereits im vergangenen Mai hieß es nach einer "Tibet-Konferenz" in Brüssel, die Veranstaltung sei die "bisher politischste" ihrer Art gewesen: "Dies lag nicht zuletzt an den Chancen, die sich den Tibetern mit den Olympischen Spielen im kommenden



Jahr in China bieten und die in Brüssel ausgelotet wurden."^[1] Zu der Konferenz hatte die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung eingeladen. Wenige Monate später, im November, lud der "Tibet Gesprächskreis im Deutschen Bundestag" zu einer Veranstaltung ein, die "Tibet und Olympia" zum Thema hatte. Die Diskussion drehte sich laut einem Veranstaltungsbericht "hauptsächlich um die Frage, ob die Olympischen Spiele einen Hebel bieten, mit dem die Tibetpolitik Chinas beeinflusst werden kann."^[2] Der Repräsentant des Dalai Lama in Europa gab zu Protokoll, er halte dies "für durchaus möglich". Auf der Veranstaltung in der deutschen Hauptstadt wurde vor Abgeordneten des Bundestags das "Projekt 'Team Tibet'" vorgestellt, das "darauf abzielt, ein eigenes tibetisches Team zu den Spielen nach Peking zu schicken". Es handelt sich dabei um eine offene Provokation, die auf dem Umweg über scheinbar unpolitische Sportvorhaben eine Eigenstaatlichkeit Tibets in die Debatte bringt. "Verzockt"

Die Olympischen Spiele werden auch weiterhin als Druckmittel genutzt, um Beijing vom Aufstieg in die Defensive zu drängen. Bereits im November hatte ein Berliner Regierungsberater gemutmaßt, die Olympiade werde "die Augen der Weltöffentlichkeit" vor allem auf "Missstände in China lenken" und der Volksrepublik eher schaden denn nutzen.

Beijing habe sich mit den Olympischen Spielen "verzockt".^[3] Wie der hessische Ministerpräsident Roland Koch jetzt erklärt, sei als "letztes Mittel" auch ein Olympia-Boykott des Westens anwendbar, sollte die chinesische Regierung ihre Haltung gegen die tibetischen Sezessionisten durchsetzen. Zwar sei man "noch nicht bei letzten Mitteln" ^[4]; doch hat die Boykott-Debatte tatsächlich längst begonnen.

Sezessionspolitik

Der Einsatz für weitreichende Autonomierechte oder gar für die Sezession Tibets gehört zu den traditionellen Instrumenten der deutschen Ostasienpolitik. Schon in den 1930er und 1940er Jahren diente die Region Berlin als Stützpunkt bei der Expansion in Richtung China.^[5] In den 1980er Jahren nahm Bonn diese Strategie wieder auf. Inzwischen gehören Organisationen der deutschen "Volksgruppen"-Politik zu den maßgeblichen Promotoren eines "freien Tibet".^[6] Die Sezessionspolitik zielt auch auf weitere Teile Chinas (Innere Mongolei, Xinjiang) und dient der Schwächung des aufsteigenden ostasiatischen Konkurrenten, dessen künftige Macht in Berlin gefürchtet wird. german-foreign-policy.com hat im Herbst in einem Themenschwerpunkt über Geschichte und Gegenwart der deutschen Tibetpolitik berichtet. Aus aktuellem Anlass schalten wir den Zugang zu unseren Analysen für die kommenden Wochen frei; unsere Schwerpunktserie finden Sie hier: [Schwächungsstrategien \(I\)](#), [\(II\)](#), [\(III\)](#) und [\(IV\)](#).

[1] s. dazu [Schwächungsstrategien \(I\)](#)

[2], [3] Protokoll der Veranstaltung "Tibet und Olympia - Die olympischen Spiele in China - Chance oder Risiko?" am 14. November 2007 in der Vertretung des Landes Hessen beim Bund

[4] Roland Koch: "Boykott ist letztes Mittel"; Financial Times Deutschland 17.03.2008

[5] s. dazu [Schwächungsstrategien \(II\)](#)

[6] s. dazu [Schwächungsstrategien \(III\)](#)

Schwächungsstrategien (IV)

22.10.2007

BERLIN/URUMQI/MÜNCHEN/BEIJING

(Eigener Bericht) - Berliner Außenpolitiker führen Gespräche mit einer chinesischen Separatistin und erhöhen den politischen Druck auf Beijing. Wie der "Weltkongress der Uiguren" (Sitz: München) mitteilt, wird seine Präsidentin Rebiya Kadeer unter anderem im Auswärtigen Amt empfangen. Die Uiguren sind eine muslimische Minderheit aus der

Autonomen Region Xinjiang (Westchina), sie streben die Sezession ihrer Wohngebiete ("Ost-Turkestan") aus der Volksrepublik China an. Rebiya Kadeers Auftritt in der deutschen Hauptstadt ist publizistisch sorgfältig vorbereitet und geschieht in Übereinstimmung mit Maßnahmen der USA. Kurz nach dem Besuch des Dalai Lama im Kanzleramt intensiviert Berlin damit die Sezessionsoffensive gegen Beijing. Beziehungen deutscher Stellen zu uigurischen Exilpolitikern bestehen seit Jahrzehnten - geheimdienstliche Milieus inklusive. Premieren

Rebiya Kadeers Berlin-Aufenthalt folgt der Europa-Reise des Dalai Lama, die Beijing zu heftigen Protesten veranlasste. Das Oberhaupt der selbsternannten Exilregierung Tibets hatte im September die spanische Provinz Katalonien besucht, die nach weitgehender Autonomie oder Sezession strebt [1], und anschließend Portugal und Österreich bereist. Nach einer Zusammenkunft mit dem österreichischen Regierungschef wurde der vermeintliche Gottkönig in der deutschen Hauptstadt empfangen - zum ersten Mal im Bundeskanzleramt. Kurz darauf initiierte die US-Regierung eine weitere Premiere: Der Dalai Lama erhielt eine Ehrenmedaille des US-Kongresses - eine der höchsten Auszeichnungen der Vereinigten Staaten - und trat dabei gemeinsam mit Präsident Bush öffentlich auf. Auch Rebiya Kadeer befindet sich auf großer Rundreise. Sie ist von ihrem US-Exil zunächst nach Großbritannien aufgebrochen und hat dort mit Parlamentsabgeordneten, Beamten des Außenministeriums und Regierungsmitgliedern konferiert. Nun hält sie sich in der deutschen Hauptstadt auf.

Policy Advisor

Die aktuellen transatlantischen Aktivitäten zur Stärkung des anti-chinesischen Separatismus und zur Schwächung Beijings gründen auf jahrzehntelanger deutsch-US-amerikanischer Kooperation. Zu den Protagonisten gehört der Exil-Uigure Erkin Alptekin. Sein Vater, Isa Yusuf Alptekin, hatte bereits in den 1930er Jahren der westchinesischen Sezessionsbewegung angehört und von 1933 bis 1934 als Generalsekretär eine Provisorische Regierung der "Türkisch-Islamischen Republik Ost-Turkestan" geleitet. Als "Ost-Turkestan" bezeichnen die Uiguren ihre Wohngebiete in der Volksrepublik China noch heute, weil sie sich als ethnische Abkömmlinge türkischer Vorfahren begreifen; manche streben einen pan-türkischen Zusammenschluss mit Teilen Zentralasiens sowie der Türkei an. Erkin Alptekin, dessen Familie in uigurischen Kreisen hohe Anerkennung genießt, ließ sich nach seinem Studium in Istanbul im Jahr 1971 in München nieder. Dort beriet er als "Senior Policy Advisor" den Direktor des US-Senders Radio Liberty.[2]

CIA

Bereits damals begann der US-Geheimdienst CIA mit dem Aufbau von Kontakten zu sezessionswilligen Uiguren. "Einige von ihnen wie Erkin Alptekin, die für den Münchner CIA-Sender Radio Liberty gearbeitet hatten", schreibt der Analytiker B. Raman, ehemals Kabinetssekretär der indischen Regierung, "befinden sich inzwischen in der vordersten Reihe der Sezessionsbewegung".[3] Alptekin gründete 1991 in München die "Eastern Turkestan Union in Europe" und rief im April 2004 - ebenfalls in München - den "World Uyghur Congress" ins Leben, dessen Gründungspräsident er wurde. Die Organisation steuert aus Deutschland zahlreiche uigurische Exilvereinigungen weltweit; ihr gehören Zusammenschlüsse an, die nach Auskunft der chinesischen Regierung dem terroristischen Milieu zuzurechnen sind.[4]

Miteinander verbunden

Zur Strategie der Münchner Exilbewegung gehört es, die Uiguren mit den übrigen Sezessionsbewegungen (Tibeter, Mongolen) zusammenzuführen und den chinesischen Staat an mehreren Zonen seiner Peripherie zu zerbrechen. So nahm der frühere CIA-Berater Alptekin 1985 an der Gründung des "Allied Committee of the Peoples of East Turkestan, Tibet and Inner Mongolia" teil, 1998 unterstützte er eine internationale Konferenz der Organisation in New York, die auch von Vertretern der US-Regierung besucht wurde. Die Strategie der völkischen Bewegungen teilt der Dalai Lama. "Unsere drei Völker sind durch

Geographie und Geschichte miteinander verbunden, und in diesen Tagen auch noch durch die chinesische Besatzung", erklärte er in einem Grußwort für die Veranstaltung in New York: "Ich bleibe optimistisch, dass sich in nicht allzu ferner Zukunft das wahre Sehnen der Völker Ost-Turkestans, der Inneren Mongolei und Tibets erfüllen wird".[5]

Public Relations

Rebiya Kadeer, die sich in dieser Woche zu politischen Gesprächen in Berlin aufhält, führt Alptekins Tätigkeit weiter - ebenfalls mit deutsch-US-amerikanischer Unterstützung. Ende der 1990er Jahre war die bis dahin reichste Geschäftsfrau der Volksrepublik wegen separatistischer Aktivitäten mit Beijing in Konflikt geraten und inhaftiert worden. Im März 2005 konnte sie auf Druck der Vereinigten Staaten in die USA ausreisen, wo bereits ihr Ehemann lebte; er arbeitet bis heute für Radio Free Asia, die asiatische Entsprechung zu Radio Free Europe/Radio Liberty, der ebenfalls CIA-Verbindungen nachgesagt werden. Rebiya Kadeer wurde systematisch zur Integrationsfigur für die Außendarstellung der Uiguren aufgebaut. Mehrfach war sie Kandidatin für den Friedensnobelpreis, vor wenigen Monaten veröffentlichte ein Verlag des Bertelsmann-Konzerns ihre Biographie - in deutscher Sprache. Das Buch wird in den deutschen Medien mit großer Aufmerksamkeit bedacht. Seine Präsentation erfolgte im Juni 2007 in der Bundespressekonferenz, wo Rebiya Kadeer auf interessierte Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen traf - wenige Tage nach einer Zusammenkunft mit US-Präsident George Bush.

Ausweitung

Zum ersten Mal hatte sich Rebiya Kadeer im November 2006 in Berlin aufgehalten, als sie nach Deutschland gereist war, um in München zur neuen Präsidentin des "Weltkongresses der Uiguren" gewählt zu werden. Ihr jetziger Besuch folgt einer Resolution des US-Repräsentantenhauses, die Beijing auffordert, den Uiguren neue Autonomierechte zuzugestehen und inhaftierte Separatisten, darunter zwei Söhne Rebiya Kadeers, freizulassen. Dass sie in der deutschen Hauptstadt nicht nur im Auswärtigen Amt empfangen wird, sondern auch Gespräche mit dem Menschenrechtsausschuss des Bundestages und mit Vertretern parteinaher Stiftungen führt, lässt die Ausweitung der Berliner Uiguren-Politik deutlich werden.

Bei passender Gelegenheit

Dabei hilfreich ist eine Anfang 1991 gegründete Organisation mit Sitz in Den Haag, die Unrepresented Nations and Peoples Organization (UNPO). Gründungsmitglieder sind unter anderem der Dalai Lama und der Uiguren-Sezessionist Alptekin. Der UNPO gehören gegenwärtig 69 "Nationen" an, darunter "Ost-Turkestan", Tibet und die Innere Mongolei. Diesen Teilen souveräner Staaten soll das "Selbstbestimmungsrecht" verliehen werden, fordert die Organisation. Sechs ehemalige UNPO-Mitglieder, darunter Estland, Lettland und Georgien, haben inzwischen die verlangte Eigenstaatlichkeit erreicht. Der Zusammenschluss besitzt ein "Koordinierungsbüro" in Washington. Er hält zahlreiche "Völker" zur politischen Nutzung durch die westlichen Mächte bereit. Zu den Mitgliedern gehören Vertretungen kurdischer Separatisten aus dem Irak und dem Iran oder Sezessionskämpfer aus Serbien (Kosovo), die längst gegen ihre Zentralregierungen in Stellung gebracht worden sind, aber auch nach Autonomie strebende Kollektive aus Russland oder Myanmar, die bei passender Gelegenheit zum Einsatz kommen können.

Die UNPO wurde mit einem "Petra-Kelly-Preis" der Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Die Grünen) geehrt.

Weitere Berichte über die deutsche Außenpolitik und den anti-chinesischen Separatismus finden Sie hier: [Schwächungsstrategien \(I\)](#), [Schwächungsstrategien \(II\)](#) und [Schwächungsstrategien \(III\)](#).

[1] s. dazu [Sprachenkampf](#) und [Europa der Völker](#)

[2] Erkin Alptekin; www.tibet10march.net/web/redner_alptekin.htm

[3] B. Raman: US and Terrorism in Xinjiang; South Asia Analysis Group, Paper No. 499,



24.07.2002

- [4] China Seeks Int'l Support In Counter-Terrorism; People's Daily Online 16.12.2003
[5] B. Raman: US and Terrorism in Xinjiang; South Asia Analysis Group, Paper No. 499, 24.07.2002
-

Schwächungsstrategien (III)

02.10.2007

LHASA/BEIJING/ULAAN BAATAR/BERLIN

(Eigener Bericht) - Hochrangige Vertreter der deutschsprachigen Minderheit Norditaliens ("Südtiroler") erklären die Zugehörigkeit Tibets zur Volksrepublik China für "illegal" und fordern die Sezession des westchinesischen Autonomiegebiets. Entsprechende Verlautbarungen erfolgten am vergangenen Wochenende bei einem Besuch norditalienischer Parlamentarier in Indien, wo die "Exilregierung" Tibets ihren Sitz hat. Die "Südtiroler" Behörden, die die "Exilregierung" seit mehreren Jahren über deutsche "Volksgruppen"-Politik beraten, kooperieren mit Vorfeldorganisationen der Berliner Außenpolitik. Ein Mitglied der aktuellen Besuchsdelegation verlangt auch die Sezession "Südtirols" nach montenegrinischem Modell. Die gegen die territoriale Integrität Chinas gerichteten Vorstöße erfolgen wenige Tage nach dem Start einer antichinesischen Offensive der Bundesregierung, die die Unterstützung tibetischer Separatisten mit breit angelegten Einflussmaßnahmen in der Mongolei verknüpft und die Bevölkerung aller Autonomieregionen West- und Nordchinas gegen die Zentralregierung in Stellung bringen soll. Entsprechende Politikkonzepte reichen bis in die 1920er Jahre zurück und finden bis heute Resonanz beim ehemaligen Achsenpartner des Deutschen Reichs und schärfsten Rivalen Chinas - in Japan.

Eine Delegation norditalienischer Parlamentarier hat sich in der vergangenen Woche zu ausführlichen Gesprächen am Sitz der selbsternannten "Exilregierung" Tibets im nordindischen Dharamsala aufgehalten. Der Vorgang ist für die deutsche Außenpolitik von Bedeutung, da "Südtirol" in vielfältiger Weise in die Netzwerke der deutschen "Volksgruppen"-Politik eingebunden ist. Die Partei des Delegationsleiters Franz Pahl, die Südtiroler Volkspartei, gehört der in Flensburg (Norddeutschland) ansässigen Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) an, die von ehemaligen NS-"Volksgruppen"-Experten gegründet wurde und sich bis heute mit deutschen Staatsgeldern finanziert. Die FUEV wird zudem von der Autonomen Region Trentino-Südtirol und der Autonomen Provinz Bozen unterstützt. Die "Südtirol"-Autonomie folgt Konzepten der deutschen "Volksgruppen"-Politik und wurde nach einer Serie terroristischer Anschläge installiert, deren Hintermänner in der Bundesrepublik ansässig waren. Ehemalige "Südtirol"-Terroristen genießen bis heute Zuflucht in Deutschland.[1]

Tibet den Tibetern

Zu den Gesprächspartnern der norditalienischen Delegation gehörten sämtliche relevanten Organisationen des tibetischen Exils: Die "Exilregierung", das "Exilparlament", Exilbehörden, soziale und kulturelle Vereinigungen sowie das umstrittene geistliche und weltliche Oberhaupt der Exilanten, der Dalai Lama. Die Exil-Tibeter werden seit Jahren in Bolzano ("Bozen"), der Zentrale der "Südtirol"-Autonomie, über Mittel und Methoden deutscher "Volksgruppen"-Politik instruiert (german-foreign-policy.com berichtete [2]). "Die Okkupation Tibets durch China ist illegal", behauptete jetzt Delegationsleiter Franz Pahl: "Wir unterstützen die tibetischen Anliegen und tun alles, was im Rahmen unserer Möglichkeiten liegt, um sie zu stärken." [3] "Tibet den Tibetern!", forderte Delegationsmitglied Eva Klotz: "Tibet muss befreit werden". Die Landtagsabgeordnete, die einer einflussreichen Familie der deutschsprachigen Minderheit entstammt, hat erst kürzlich

von sich reden gemacht, als sie die Loslösung "Südtirols" von Italien verlangte - nach dem Modell Montenegros.[4]

Vor Olympia

Die Tibet-Offensive aus Bolzano folgt einem Treffen der deutschen Kanzlerin mit dem Dalai Lama und einer Ankündigung des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU), wonach die westliche Unterstützung für den tibetischen Separatismus vor der Olympiade 2008 zunehmen wird.[5] Berlin ergänzt die gegen Beijing gerichteten Maßnahmen um Einflussprojekte, die auf den ersten Blick nichts mit China zu tun zu haben scheinen und einem anderen souveränen Staat gelten: der Mongolei.

Rohstoffe

Die Bundesregierung hat die Zusammenarbeit mit der Mongolei in diesem Sommer deutlich intensiviert. Im Juli 2007 besuchte Bundeswirtschaftsminister Michael Glos mit einer großen Unternehmerdelegation das Land, im August folgte eine Managerreise des Ostasiatischen Vereins. Der bilaterale Handel hat bereits im ersten Halbjahr 2007 um rund ein Drittel zugenommen. Die ökonomischen Bemühungen Berlins betreffen "insbesondere die Zusammenarbeit im Bergbau", teilt das Bundeswirtschaftsministerium mit [6] - die Mongolei verfügt über bedeutende Metallvorkommen (Kupfer, Gold). "Deutschland und die Mongolei ergänzen sich ganz hervorragend", lockte Bundestagspräsident Norbert Lammert im September seinen mongolischen Amtskollegen: "Sie haben die Rohstoffe, die wir benötigen, und wir können zur Veredlung und Verarbeitung Ihrer Rohstoffe Wissen und Technologie beisteuern".[7]

Dschingis Khan

Dass die Berliner Einflussnahme nicht nur einem abhängigen Ressourcenlieferanten der deutschen Industrie gilt, zeigt der "Außenpolitische Dialog", den Berlin und Ulaan Baatar im April 2006 eingerichtet haben. Mögliche Stoßrichtungen offenbart eine aufsehenerregende Exposition, die Bundeskanzler Schröder im Jahr zuvor im Beisein des mongolischen Ministerpräsidenten in der staatseigenen Kunst- und Ausstellungshalle in Bonn eröffnet hatte. Unter dem Motto "Dschingis Khan und seine Erben" wurden öffentlichkeitswirksam deutsche Forschungsergebnisse aus der Mongolei präsentiert - unmittelbar vor dem 800-jährigen Jubiläum der Gründung des mongolischen Großreichs, das in Ulaan Baatar mit großem Prunk gefeiert wurde (in Anwesenheit des Bundestagspräsidenten).[8] Aufmerksam registriert wurde die Bonner Ausstellung auch in der "Inneren Mongolei", einer Autonomieregion im Norden Chinas, in der Dschingis Khan große Verehrung genießt - als Symbolgestalt großmongolischer Bestrebungen.

Spionage

Das deutsche Interesse an der Mongolei und der chinesischen Region "Innere Mongolei" reicht zurück bis in die 1920er Jahre. 1924 lud Berlin den mongolischen Bildungsminister zu einer Deutschland-Reise ein, 1926 entsandte Ulaan Baatar 35 Schüler zur Ausbildung nach Deutschland. Ziel war der langfristige Aufbau enger Beziehungen, um die starke Abhängigkeit von Moskau zu verringern. 1927 startete das Auswärtige Amt eine Expedition in die Innere Mongolei und nach Xinjiang (heute eine weitere Autonomieregion [9]); als Forschungsreisende getarnt schickte Berlin gemeinsam mit dem prodeutschen schwedischen Wissenschaftler Sven Hedin mehrere Militärs nach China - laut jüngsten Untersuchungen zwecks Spionage in den unruhigen Minderheitengebieten.[10] Beide Vorhaben scheiterten: Im Frühjahr 1928 untersagte Beijing den deutschen Militärs die Weiterreise, die mongolischen Schüler mussten 1929/30 auf Druck Moskaus in die Mongolei zurückkehren. Pufferstaat

Der Gedanke, sich in Kooperation mit der Mongolei und großmongolischen Kräften in Asien festsetzen zu können, blieb jedoch erhalten. Als die Wehrmacht 1942 immer weiter nach Osten vorrückte und japanische Truppen die tibetische Grenze erreichten, bekamen in Berlin Pläne neuen Auftrieb, unter der Hegemonie Deutschlands und Japans einen Pufferstaat

("panmongolischer Staatenbund") zwischen den Weltmächten zu errichten [11] - aus Tibet, das seine Beziehungen nach Berlin ausbauen wollte, der Mongolei [12] und der Inneren Mongolei, die mit Unterstützung Japans 1937 eigene Hoheitsrechte erhalten hatte. Nur die Niederlage der Weltkriegsaggressoren verhinderte die Umsetzung dieser Pläne.

Dalai Lama

In Tibet knüpft die Bundesrepublik seit Mitte der 1980er Jahre verstärkt an alte Kooperationstraditionen an, die in den 1930er Jahren von der SS begründet wurden.[13] Die Beziehungen zur Mongolei werden seit 1991 systematisch intensiviert. Gute Kontakte in die Innere Mongolei unterhält vor allem der ehemalige Berliner Achsenpartner Japan. Die drei Gebiete sind nicht nur in ihrem Streben vereint, möglichst große Unabhängigkeit von Beijing zu erlangen, sie unterhalten auch enge kulturelle Bindungen untereinander. So ist der tibetische Buddhismus in der Mongolei und der Inneren Mongolei die vorherrschende Religion, sein Oberhaupt - der Dalai Lama - genießt dort nicht geringe Verehrung. Wie der Gottkönig vor wenigen Tagen in einem deutschen Presseinterview betonte, werden eventuelle Unruhen in Tibet auch "Auswirkungen" auf die Innere Mongolei haben.[14] Die Berliner Tibet-Offensive folgt nicht angeblichen Sorgen um die Kultur einer Minderheit, sie legt zum wiederholten Male Hand an rund die Hälfte des chinesischen Territoriums und sucht dessen Bevölkerung im Kampf gegen Beijing zu nutzen.

Bitte beachten Sie auch die beiden ersten Texte unserer Schwerpunktserie:

[Schwächungsstrategien \(I\)](#) und [Schwächungsstrategien \(II\)](#) sowie unsere Rezension [Peter Mierau: Nationalsozialistische Expansionspolitik](#).

[1] s. dazu [Schutzmacht-Klausel, Parteiübergreifende Steuerungsgruppe, Minderheitenrechte und Rezension: "Neue Kommentare"](#)

[2] s. dazu [Schwächungsstrategien \(I\)](#)

[3] Visiting Trentino-South Tyrol parliamentary members condemn China's policy on Tibet; phayul.com 29.09.2007

[4] "Wenn alle, jeder an seinem Platz, dafür arbeitet, dass wir freie Tiroler werden, so können wir dieses Ziel auch erreichen! Das zeigt das Beispiel Montenegros. Vor einem Jahr haben sich 55,5% der Wähler für die Loslösung von Serbien ausgesprochen. Heute ist Montenegro in aller Welt als unabhängiger Staat anerkannt." SÜD-TIROLER FREIHEIT startet Mitgliederkampagne; Pressemitteilung der SÜD-TIROLER FREIHEIT 17.09.2007

[5] s. dazu [Schwächungsstrategien \(II\)](#)

[6] Staatssekretär Dr. Walther Otremba zieht positive Bilanz über die deutsch-mongolischen Wirtschaftsbeziehungen; Pressemitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, 13.09.2007

[7] Lammert: Mongolei und Deutschland ergänzen sich; Pressemitteilung des Deutschen Bundestags, 20.09.2007

[8] s. dazu [Mongolei: "Wertvoller Ratgeber" für Ostasien, Zivilgesellschaft und Identität](#)

[9] s. dazu [Hauptsitz und Druck ausüben](#)

[10] Hans Boehm: Finanzierung der Zentralasienexpedition Sven Hedins. "Strenge Geheimhaltung wird von allen Beteiligten als unerlässlich angesehen", in: Erdkunde. Archiv für wissenschaftliche Geographie 57 (2003), S. 40-54

[11] Reinhard Greve: Tibetforschung im SS-Ahnenerbe, in: Lebenslust und Fremdenfurcht. Ethnologie im Dritten Reich, herausgegeben von Thomas Hauschild, Frankfurt am Main 1995

[12] Ein Jahr später, 1943, wurden die 35 Schüler, die sich in den 1920er Jahren zur Ausbildung in Deutschland aufgehalten hatten, der Spionage bezichtigt und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

[13] s. dazu [Schwächungsstrategien \(II\)](#) sowie unsere Rezension [Peter Mierau: Nationalsozialistische Expansionspolitik](#)

[14] "China mischt sich auch in Deutschlands Angelegenheiten ein"; Süddeutsche Zeitung 21.09.2007. Der Dalai Lama rechnet für diesen Fall auch mit Unruhen in Xinjiang. Dort ist

zwar der Islam die dominierende Religion, doch dürften die nordwestchinesischen Separatisten ("Uiguren") jede Schwächung Beijings für ihre Zwecke nutzen. Auch sie finden Unterstützung in Deutschland: [Hauptsitz](#) und [Druck ausüben](#).

Peter Mierau: Nationalsozialistische Expansionspolitik

02.10.2007

Deutsche Asien-Expeditionen 1933-1945

München 2006 (Herbert Utz Verlag)

556 Seiten

49,- Euro

ISBN-10: 3-8316-0409-6



Aus der Perspektive des Deutschen Reichs war die Expedition ein voller Erfolg. "Am Vormittage des 19. Januars", schrieb SS-Obersturmführer Ernst Schäfer 1939 aus Lhasa, "kam das Wahrzeichen der heiligen Hauptstadt, der Palast des Dalai-Lama in Sicht." Schäfer und seine Begleiter waren die ersten Deutschen, denen der Zutritt zum Zentrum Tibets gewährt wurde, man nahm sie wohlwollend auf. "Schon jetzt verbindet die Teilnehmer der SS-Expedition eine offenherzige und tiefe Freundschaft mit den verantwortlichen Mitgliedern der tibetischen Regierung", berichtete Schäfer wenige Tage nach seiner Ankunft nach Berlin.

Im März schließlich übergab der tibetische Regent dem SS-Mann ein Schreiben an Adolf Hitler, in dem er dem NS-Reich seine Zusammenarbeit anbot. "Vielmehr hege ich auch den Wunsch, die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Residenzen zu intensivieren", schrieb er: "Ich glaube, dass Ihr, erhabener König, Herr Hitler, in dieser Angelegenheit mit mir übereinstimmend dies (...) nicht für gleichgültig erachtet."

Die "Deutsche Tibet-Expedition Ernst Schäfer", 1938/39 unter der Schirmherrschaft Heinrich Himmlers durchgeführt und von der IG Farben, der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Ufa finanziert, brachte vor allem eine Erkenntnis: Lhasa war gewillt, mit Berlin zu kooperieren. "Die tibetische Politik in der ersten Hälfte des Jahrhunderts", schreibt Peter Mierau, "hatte immer wieder gezeigt, dass sich der Klosterstaat zwischen den Interessensphären des britischen Kolonialreiches und Chinas befand. Der Besuch einer anderen europäischen Macht in Tibet bedeutete zumindest eine neue politische und diplomatische Variante in diesem latenten Kräftespiel". Es dauerte nicht lange, bis das Deutsche Reich daraus Nutzen zu ziehen versuchte. Bereits am 4. September 1939, einen Tag nach dem britischen Kriegseintritt, trafen die Teilnehmer der "Tibet-Expedition Ernst Schäfer" in Berlin erneut zusammen. Sie planten, berichtet Mierau, "eine erneute Expedition nach Tibet (...) reisen zu lassen, um die Tibeter zumindest bei begrenzten Aktionen gegen die britische Kolonialmacht im Mönchsstaat selbst und in der südlich angrenzenden Region Sikkim zu unterstützen."

Die Pläne scheiterten an Reibereien innerhalb der nationalsozialistischen Bürokratien. Sie verdeutlichen jedoch das Potenzial, das Tibet - weit entfernt von den europäischen Kriegsschauplätzen - für die Kriegsführung der NS-Machthaber besaß. Peter Mierau hat dies im zweiten Teil seiner materialreichen, wenn auch gelegentlich etwas langatmigen Dissertation über die "Nationalsozialistische Expansionspolitik" ebenso beschrieben wie die tibetische Bereitschaft, sich auf die deutschen Bündnisofferten einzulassen, und die Gründung des Münchner "Sven-Hedin-Instituts für Innerasienforschung" durch Schäfer. Aus dem Institut gingen nach Kriegsende die Protagonisten der deutschen Tibetologie hervor.

Der erste Teil von Mieraus Werk ist den deutschen Bergexpeditionen in den Himalaya in den 1920er und 1930er Jahren gewidmet. Auch hier begegnet man einem späteren Tibet-Experten: Dem SS-Mann (seit dem 1. April 1938) Heinrich Harrer, der 1939 zum Nanga Parbat aufbrach - eine der spektakulären Gebirgsfahrten, die dem Deutschen Reich vor allem Ruhm bringen sollten. Harrer wurde zu Kriegsbeginn von der britischen Kolonialmacht interniert, konnte 1944 schließlich fliehen und brachte dann nicht dem Deutschen Reich Ruhm, sondern der Bundesrepublik beste Kontakte nach Tibet: Er gelangte Anfang 1946 nach Lhasa und wurde dort Lehrer des noch jungen Dalai Lama, zu dem er bis zu seinem Tod im vergangenen Jahr eine enge Freundschaft pflegte.

Mieraus Dissertation verliert sich an manchen Stellen in Details, leidet gelegentlich unter Doppelungen und wenig fruchtbaren Längen. Dennoch liefert sie wertvolles, umfangreiches Material über die deutschen Vorstöße in den Himalaya und nach Tibet während der 1920er und 1930er Jahre, deren Spuren man noch in der heutigen Berliner Außenpolitik vorfinden kann.

Mit langem Atem

01.10.2007

YANGON/BERLIN

(Eigener Bericht) - Deutsche Südostasien-Experten raten zu langem Atem beim Kampf gegen den Einfluss der Volksrepublik China in Myanmar. Trotz der schweren Unruhen der letzten Tage sei "ein Kollaps (...) vorerst nicht zu erwarten", schreibt die Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Die Grünen); die prowestlichen Kräfte seien noch zu schwach, um "an die Stelle des aktuellen Regimes treten" zu können. Die deutsche Organisation plädiert dafür, die "Führungsköpfe" der gegenwärtigen Proteste langfristig zu "stärken", hält aber einen "Machtwechsel innerhalb der Militärregierung" zugunsten von "Reformkräften" schon in Kürze für möglich. Ergänzend setzen Politikberater auf Sprachminderheiten ("Volksgruppen"), die schon seit Jahrzehnten einen bewaffneten Kampf gegen die myanmarische Zentralregierung führen. Die "begrenzten Autonomierechte", die ihnen laut aktuellen Planungen zugestanden werden, seien "zu erweitern", verlangt die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD). Als Modell werden völkische Sonderrechte für die deutschsprachige Minderheit Norditaliens ("Südtirol") ins Spiel gebracht.

Längerer Zeitraum

Wie die Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Die Grünen) urteilt, reichen die Unruhen der vergangenen Wochen nicht aus, um das Militärregime in Myanmar (Burma) zu stürzen. Die prowestliche Opposition um Aung San Suu Kyi ist demnach viel zu schwach: "Derzeit existieren im Land keine tragfähigen politischen Strukturen, die an die Stelle des aktuellen Regimes treten könnten".[1] Behält die Stiftung recht, wird es nicht gelingen, binnen kurzer Frist die auf Beijing ausgerichtete myanmarische Regierung durch ein Regime zu ersetzen, das an Berlin, Brüssel und Washington orientiert wäre. Die deutsche Organisation hält jedoch einen "Machtwechsel innerhalb der Militärregierung" für möglich. Es gebe "Anzeichen" für Bestrebungen, "den Weg für gemäßigte Reformkräfte frei zu machen". Die Orientierung auf den Westen ("Reformprozess") werde sich allerdings "über einen längeren Zeitraum erstrecken - womöglich ein bis zwei Generationen".

Führungsköpfe

Zur Förderung des "Reformprozesses" empfiehlt die Heinrich-Böll-Stiftung, die Protest-Protagonisten der vergangenen Wochen zu unterstützen. "Solche Führungsköpfe und weitere Kräfte, nunmehr auch führende Mönche (...), gilt es zu stärken", schreibt das "Büro

"Südostasien" der Organisation.[2] Diesen Zielen widmet sich das Böll-Büro seit längerem. An seinem Auslandssitz in Chiang Mai (Thailand) fördert es die "myanmarische Exilgemeinschaft und deren aktiven Austausch mit den in Burma/Myanmar lebenden Aktiven" - eine Umschreibung offenkundiger Frontarbeit an der Seite oppositioneller und subversiver Strukturen. Seit 2004 vergibt die Stiftung jährlich fünf Stipendien an "junge unabhängige burmesische Führungskräfte", die in Thailand ausgebildet werden. "Das soll den Dialog für einen demokratischen Wandel in Burma/Myanmar weiter fördern", heißt es. Das Programm dient insbesondere "der Netzwerkbildung".[3]

Härteres Auftreten

Zum Schutz der aufzubauenden "Netzwerke" empfiehlt die Heinrich-Böll-Stiftung internationale Druck. Wie die Organisation schreibt, sei nicht nur "ein härteres Auftreten von EU und USA gegenüber China" nötig; auch Indien und das südostasiatische Staatenbündnis ASEAN, insbesondere Singapur [4], müssten zu Maßnahmen gegen Myanmar verpflichtet werden.[5]

Autonomie ausbauen

Auf der Suche nach schneller wirksamen Mitteln empfehlen deutsche Politikberater die Nutzung der zahlreichen Sprachminderheiten ("Volksgruppen") Myanmars. Viele von ihnen führen seit Mitte des 20. Jahrhunderts einen bewaffneten Kampf für weit reichende Autonomie oder Sezessionsabsichten; sie erhielten in der Bundesrepublik keine größere Aufmerksamkeit, solange der wachsende Einfluss Chinas in Myanmar vom Westen nicht ernst genommen wurde. Inzwischen hat die myanmarische Regierung mit den meisten Separatistenmilizen Abkommen geschlossen, die einen Waffenstillstand und eine neue Verfassung mit substantiellen Autonomierechten vorsehen. Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung empfiehlt nun, die Spielräume der einzelnen Sprachminderheiten gegenüber der prochinesischen Zentralregierung zu sichern und auszubauen: Die "ethnischen Nationalitäten" sollten "befähigt werden, die begrenzten Autonomierechte, die ihnen die zukünftige Verfassung gewähren wird, selbst auszugestalten und schrittweise zu erweitern." Dazu müssten "internationale Akteure" beitragen, verlangt die Organisation.[6]

"Europäisches Modell"

Bereits im vergangenen Herbst haben "internationale Akteure" Modelle für die myanmarischen Autonomiebestrebungen ins Spiel gebracht. Anlass war ein "Cross Border Dialogue 2006", den "eine deutsche Stiftung" [7] jährlich für künftiges Führungspersonal aus Kambodscha, Thailand und Myanmar veranstaltet. Bei diesem "Dialog" warben Referentinnen der "Freien Universität Bozen" (Bolzano/Italien) für das Autonomiestatut der deutschsprachigen Minderheit Norditaliens. Es entspricht völkischen deutschen Konzepten, sieht umfassende Sonderrechte der "Volksgruppen" vor und schränkt den Einfluss der Zentralregierung deutlich ein. Das Statut für die deutschsprachige Minderheit Norditaliens ist Gegenstand ständiger Auseinandersetzungen mit Rom, wo eine fortschreitende Untergrabung der Souveränität Italiens befürchtet wird. Ähnlich wie in Südostasien begann die Diskussion um "mehr Autonomie" auch in Norditalien mit Bombenanschlägen. Die Hintermänner der tödlichen Gewaltakte saßen in der Bundesrepublik Deutschland. "Die Erfahrungen mit diesem europäischen Modell (...) gaben Anregungen für die Diskussion der Minderheitenrechte in Burma/Myanmar und Südtailand", heißt es in einem Bericht aus Bolzano über den "Cross Border Dialogue 2006".[8]

Geschäftsmöglichkeiten

Ähnliche Bozener Einflussversuche im Irak [9] und in Tibet [10] belegen die Absicht, völkische deutsche Ordnungsmodelle nicht allein in Europa, sondern weltweit zu installieren - ein internationales Programm der Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten, das deren Schwächung zur Folge hat. Gleichzeitig wird mit den Führungsschichten dieser Länder kooperiert, wenn es deutschen Geschäftsinteressen dient. So kommt es seit Mitte der 1990er Jahre in Wohngebieten von Sprachminderheiten im Norden und Osten

Myanmars zu schweren Übergriffen durch das Militär, das den Bau von Großstaudämmen am Fluss Salween durchzusetzen sucht. Zu diesem Zweck hat die Zentralregierung Massenumsiedlungen und die Zerstörung hunderter Dörfer befohlen. Von Aufträgen im Zusammenhang mit den umstrittenen Staudammprojekten haben auch Firmen aus der Bundesrepublik profitiert, unter anderem Lahmeyer International (Bad Vilbel bei Frankfurt am Main). Dies wird sich nach Auskunft des Auswärtigen Amts in Zukunft wiederholen. "Die Entwicklung des myanmarischen Energiesektors und der Bau mehrerer Wasserkraftwerke im Land", teilt das Ministerium mit, "eröffnen (...) auch für deutsche Unternehmen Geschäftsmöglichkeiten." [11]

Bitte lesen Sie zur deutschen Myanmar-Politik auch [Prestigeträchtig](#).

[1], [2] Weinrot oder blutrot? Macht und Hoffnung in Myanmar/Burma; www.boell.de
28.09.2007

[3] Burma/Myanmar; www.boell.de

[4] s. dazu [Treibende Kraft](#)

[5] Weinrot oder blutrot? Macht und Hoffnung in Myanmar/Burma; www.boell.de

28.09.2007

[6] Myanmars Waffenstillstände und die Rolle der internationalen Gemeinschaft. Kurzbericht aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit; Friedrich-Ebert-Stiftung August 2007

[7], [8] Zurück aus Kambodscha; Freie Universität Bozen 11.09.2006

[9] s. dazu [Parteiübergreifende Steuerungsgruppe](#)

[10] s. dazu [Schwächungsstrategien \(I\)](#)

[11] Beziehungen zwischen Myanmar und Deutschland; Länder- und Reiseinformationen des Auswärtigen Amts

Schwächungsstrategien (II)

27.09.2007

LHASA/BEIJING/BERLIN

(Eigener Bericht) - Deutsche Politiker kündigen eine Ausweitung der Tibet-Offensive der Bundeskanzlerin an. Wie den Äußerungen des Ministerpräsidenten Roland Koch (Bundesland Hessen/CDU) zu entnehmen ist, soll das Treffen Angela Merkels mit dem Dalai Lama zu einer flächendeckenden Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik China führen und noch bestehende Rücksichten in anderen westlichen Staaten beseitigen. Die Zeit sei günstig für Aktivitäten zur Schwächung Beijings, da die Volksrepublik im kommenden Jahr Gastgeberin der Olympiade ist und daher nur eingeschränkt handlungsfähig sei, heißt es in der deutschen Hauptstadt. Die Berliner Tibet-Aktivitäten gehören zu einem überparteilichen Generalkonsens und folgen alten Traditionen der deutschen Außenpolitik, die bereits in den 1930er und 1940er Jahren Lhasa als wichtigen Stützpunkt für Einflussmaßnahmen in Zentralasien betrachtete. Damals wurden deutsch-tibetische Kontakte geknüpft, die den Zweiten Weltkrieg ungebrochen überdauerten und bis heute wirksam sind. german-foreign-policy.com berichtet im zweiten Teil seiner Schwerpunktserie.

Die freie Welt

Wie der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) erklärt, werden in naher Zukunft "andere Staats- und Regierungschefs dem Beispiel der Kanzlerin folgen und dem Dalai Lama Unterstützung bei seinem friedlichen Kampf für mehr Autonomie für Tibet zusagen". [1] Kochs Ankündigung ergeht nur einen Tag, nachdem Beijing die Absage eines bilateralen Außenministertreffens zurückgezogen und damit nach dem deutschen Affront vom vergangenen Sonntag [2] ein Einlenken gegenüber Berlin in Aussicht gestellt hat. Die chinesische Regierung müsse "zur Kenntnis nehmen", dass "die freie Welt nicht bereit" sei,

die "Situation des tibetischen Volkes zu vergessen und zu verschweigen", sagte Koch.[3] Es werde jetzt "schwieriger", die "Menschenrechtsfrage" aus der Diskussion vor den olympischen Spielen herauszuhalten. Entsprechende Kampagnen lancieren sogenannte Nicht-Regierungs-Organisationen. Dazu gehören die "Reporter ohne Grenzen", deren Aktivisten in Beijing Demonstrationen veranstalten und in der Bundesrepublik Deutschland über hervorragende Presseverbindungen verfügen. Die Organisation ist wegen ähnlicher Kampagnen gegen die kubanische Regierung bekannt und leugnet nicht, aus US-Quellen subventioniert worden zu sein.[4]

Tradition

Die Tibet-Politik der Bundesregierung wird in Deutschland parteiübergreifend getragen. Roland Koch (CDU) gehört seit Mitte der 1980er Jahre ebenso zu den Sympathisanten des Dalai Lama wie weite Teile von Bündnis 90/Die Grünen oder (seit Anfang der 1990er Jahre) die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung. Zudem beraten an deutschen Modellen geschulte "Volksgruppen"-Experten aus dem deutschsprachigen Norditalien ("Südtirol") die tibetische "Exilregierung" in puncto "Autonomie" (german-foreign-policy.com berichtete [5]). Vor allem jedoch folgt die Berliner Einflussnahme in Tibet Traditionen der deutschen Außenpolitik, die bereits in den 1930er und 1940er Jahren Lhasa als wichtigen Stützpunkt in Zentralasien betrachtete. Ausgangspunkt waren damals Forschungsreisen tatsächlicher und angeblicher Wissenschaftler in die konfliktreichen Westgebiete Chinas. Dort bemühten sich auch Sowjetrussland und Großbritannien (via Indien) um Einfluss. Zielgebiete waren die Innere Mongolei, Xinjiang ("Ost-Turkestan") und Tibet.

"Europides Rassenelement"

Zu den ersten Protagonisten der deutschen Tibet-Forschung gehört der Zoologe Ernst Schäfer. Schäfer nahm 1931/32 und 1934 bis 1936 an zwei deutsch-amerikanischen Erkundungsreisen nach Tibet teil und wurde für seine Verdienste um die zoologische Untersuchung des Gebietes zum SS-Obersturmführer ernannt. 1938/39 führte er eine dritte Exkursion an: "Tibet Expedition Ernst Schäfer. Unter der Schirmherrschaft des Reichsführers SS Himmler und in Verbindung mit dem Ahnenerbe e.V., Berlin".[6] Zu den Reisezielen, die für SS und "Ahnenerbe" von Bedeutung waren, gehörte die Suche nach Spuren einer "arischen Rasse" im tibetischen Hochland. Bruno Beger, einer der Exkursionsteilnehmer, verkündete wenige Jahre später, er habe "im tibetischen Adel" ein "europide(s) Rassenelement" erkannt. Die NS-Rassisten begründeten damit ihre Bemühungen, Lhasa als Stützpunkt in Asien zu nutzen. "Freundschaft, Herr Hitler"

Die Tibet-Exkursion 1938/39 stellte erste Verbindungen zwischen den Regierungen in Berlin und Lhasa her. "In Lhasa gelang es, unter dem Motto 'Treffen des westlichen und östlichen Hakenkreuzes' [7], politische Kontakte zur tibetischen Regierung zu knüpfen", heißt es in einer Untersuchung über die Tibetforschung der NS-Zeit.[8] Als Ernst Schäfer und seine Kollegen im Sommer 1939 die Rückreise antraten, nahmen sie ein Sendschreiben des tibetischen Regenten mit. Darin erklärt der Herrscher, Schäfer habe um Etablierung enger Beziehungen zwischen den Regierungen in Berlin und Lhasa ersucht: "Nehmen Sie nun, Euer Exzellenz, König Herr Hitler, zu diesem Verlangen nach gegenseitiger Freundschaft (...) unsere Zustimmung." Motiv für die Annäherung an Deutschland waren Bestrebungen der tibetischen Regierung, größere Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Großbritannien zu erlangen.[9]

"Ein bißchen Sabotage"

Gegen London richteten sich die Pläne für die darauf folgende Tibet-Exkursion, die bereits einen Tag nach dem britischen Kriegseintritt, am 4. September 1939, in Berlin erörtert wurden - unter Mitwirkung Ernst Schäfers, Bruno Begers und des Auswärtigen Amts. Demnach sollten 30 SS-Männer unter Schäfers Führung mit Waffen für 1.000 bis 2.000 Mann nach Tibet reisen und dort Milizen für den Kampf gegen (Britisch-)Indien sammeln. Schäfer wurde zur Ausbildung bei der "SS-Leibstandarte Adolf Hitler" abkommandiert. "Wenn Sie

eine soldatische Aufgabe zu lösen bekommen, müssen Sie zunächst zum Soldaten ausgebildet und erzogen werden", begründete der "Reichsführer SS" Heinrich Himmler die Umschulung des Wissenschaftlers: "Mit ein bißchen Sabotage und Herumsprengen ist es nicht getan".[10] Die Pläne gerieten allerdings in Konkurrenz zu Überlegungen, die britische Stellung in Asien mit Hilfe afghanischer Verbündeter zu schwächen, und wurden nach Reibereien in den Berliner Bürokratien schließlich fallengelassen.

"Panmongolischer" Vasall

Zum letzten Mal während der NS-Zeit wurden die deutschen Tibet-Pläne 1942 aktuell. Unter dem Eindruck des Vormarsches der Wehrmacht auf sowjetischem Territorium befahl Himmler die "totale Erforschung des zentralasiatischen Lebensraums".[11] Als die japanischen Truppen im Sommer 1942 auf das Grenzgebiet zu Tibet vorstießen, trafen sie in Lhasa auf einen Berliner Verbündeten - den Dalai Lama. Die Kamarilla des Gottkönigs hoffte, sich aus dem Einfluss Chinas, Sowjetrusslands und Großbritanniens lösen zu können, um die tibetische Feudaldiktatur zu verewigen. Angestrebt wurde ein "panmongolischer Staatenbund" - "unter der Vorherrschaft des Dritten Reiches und Japans".[12]

Schädelssammlung

Ähnlich wie die deutschen Bemühungen um die Mongolei haben auch die Tibet-Aktivitäten das Kriegsende überdauert. Schäfers Mitarbeiter Helmut Hoffmann erhielt eine Professur an der Universität München und setzte dort "die wissenschaftlichen Standards in der deutschen Tibetologie".[13] Bruno Beger, der noch 1943 im Vernichtungslager Auschwitz "Mongolenforschung" betrieben und eine "Schädelssammlung Asien" angelegt hatte [14], startete 1952 seine nächste Tibetreise. Er trat noch 1994 als "offizieller Gast" des Dalai Lama in London auf.[15] Gute Kontakte unterhielt er auch zu einem weiteren Protagonisten der deutschen Tibet-Aktivitäten: Heinrich Harrer. Harrer, ebenfalls ehemaliger SS-Zentralasien-Aktivist [16], war von 1946 bis 1950 zum ersten Mal in Lhasa und arbeitete dort als Lehrer des amtierenden Dalai Lama. Er hat zahlreiche Bücher über Tibet verfasst, die bis heute in Deutschland große Popularität genießen. Als in den 1980er Jahren "Die Grünen" begannen, die deutsche Tibet-Politik zu reaktivieren, griffen sie nicht zuletzt auf seine Schriften zurück.[17]

Fliehkräfte

Die Mischung völkischer Ingredienzien, in denen das rassistische Element unverkennbar ist, mit trivialen Vorstellungen über fernöstlich-religiöse Lebenswelten wird jetzt um "Menschenrechtsfragen" angereichert, die im berechnenden Dienst der machtpolitischen Expansion deutscher Außenpolitik stehen. Damals wie heute ist ihr Ziel, mit "Tibet" gegen den chinesischen Zentralstaat vorzugehen und die Fliehkräfte Dutzender Nationalitäten zur inneren Schwächung Beijings zu nutzen.

german-foreign-policy.com behandelt im nächsten Teil des aktuellen Themenschwerpunktes die von Berlin und Tokio erstrebte Einbeziehung mongolischer Verbündeter in eine gemeinsame Anti-China-Politik.

[1] Koch: Weitere Staatschefs werden Dalai Lama unterstützen; Der Tagesspiegel 26.09.2007

[2] s. dazu [Schwächungsstrategien \(I\)](#)

[3] Koch: Weitere Staatschefs werden Dalai Lama unterstützen; Der Tagesspiegel 26.09.2007

[4] Les mensonges de Reporters sans Frontières; www.voltairenet.org/article127332.html

[5] s. dazu [Schwächungsstrategien \(I\)](#)

[6] Reinhard Greve: Tibetforschung im SS-Ahnenerbe, in: Lebenslust und Fremdenfurcht. Ethnologie im Dritten Reich, herausgegeben von Thomas Hauschild, Frankfurt am Main 1995

[7] In Tibet sowie weiteren Staaten Asiens wird das Hakenkreuz traditionell als religiöses Symbol verwendet. Eine politische Bedeutung ist damit nicht verbunden.

[8] Reinhard Greve: Tibetforschung im SS-Ahnenerbe, in: Lebenslust und Fremdenfurcht.

Ethnologie im Dritten Reich, herausgegeben von Thomas Hauschild, Frankfurt am Main 1995

[9], [10] Peter Mierau: Nationalsozialistische Expansionspolitik. Deutsche Asien-



Expeditionen 1933-1945, München 2006

- [11], [12] Reinhard Greve: Tibeforschung im SS-Ahnenerbe, in: Lebenslust und Fremdenfurcht. Ethnologie im Dritten Reich, herausgegeben von Thomas Hauschild, Frankfurt am Main 1995
 - [13] Peter Mierau: Nationalsozialistische Expansionspolitik. Deutsche Asien-Expeditionen 1933-1945, München 2006
 - [14] Im KZ Auschwitz selektierte Beger über 80 Häftlinge, die anschließend in das KZ Struthof verschleppt und dort für eine Skelettsammlung getötet wurden.
 - [15] SS-Offizier Bruno Beger; www.mdr.de/kultur/film/1376801-hintergrund-1376705.html
 - [16] Heinrich Harrer trat 1938 von der SA zur SS über und nahm 1939 an der deutschen Nanga Parbat-Expedition teil. 1939 geriet er in britische Gefangenschaft, konnte 1944 fliehen und erreichte im Januar 1946 Lhasa, wo er schließlich Lehrer des heutigen Dalai Lama wurde.
 - [17] vgl. z.B. den Sammelband "Tibet - ein vergewaltigtes Land", den Petra Kelly und Gert Bastian, beide Bundestagsabgeordnete der "Grünen", 1988 herausgaben.
-

Schwächungsstrategien (I)

24.09.2007

BEIJING/LHASA/BERLIN

(Eigener Bericht) - Trotz heftiger Proteste Beijings stärkt die deutsche Kanzlerin die Berliner Sonderbeziehungen zu chinesischen Separatisten. Zum ersten Mal hat am gestrigen Sonntag der Dalai Lama Gespräche im Bundeskanzleramt geführt. Er leitet eine selbsternannte tibetische Exilregierung mit Sitz in Indien, die die Sezession Tibets aus der Volksrepublik China, ersatzweise Sonderrechte nach deutschen "Autonomie"-Modellen verlangt. Der Dalai Lama gehört zu den Verbündeten des Westens, mit deren Hilfe Beijing geschwächt und am Aufstieg zur Weltmacht gehindert werden soll. Seit Jahrzehnten genießt er in der Bundesrepublik überparteiliche Sympathie und wird gleichermaßen von Konservativen, Liberalen und Grün-Alternativen unterstützt. Seine Zusammenkunft mit Angela Merkel stößt in Berlin trotzdem auf Kritik, weil Wirtschaftskreise Abwehrreaktionen der chinesischen Regierung und geschäftliche Einbußen fürchten. Deutsche Schwächungsstrategien gegen Beijing, ihre historischen Vorläufer aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und die Schauplätze aktueller Maßnahmen sind Themen einer mehrteiligen Schwerpunktserie, die german-foreign-policy.com am heutigen Montag beginnt.

Mit dem gestrigen Besuch im Bundeskanzleramt hat der Dalai Lama eine mehrwöchige Europareise gekrönt. Nach Aufenthalten in Spanien und Portugal war der selbsternannte tibetische Exilherrscher mit dem Bundeskanzler Österreichs zusammengetroffen und hatte in den vergangenen Tagen mehrere deutsche Bundesländer besucht. In Münster (Nordrhein-Westfalen) erhielt er die Ehrendoktorwürde der Universität, in Hessen traf er mit dem dortigen Ministerpräsidenten Roland Koch zusammen. Der Dalai Lama wurde wie bereits bei seinen vorherigen Besuchen - der letzte fand im Juli in Hamburg statt - mit überparteilichen Sympathiebekundungen empfangen. Im Mai 2008 wird er erneut zu mehreren Großveranstaltungen in Deutschland erwartet.

Unterstützung

Mit Hinweisen auf die Folgen des deutschen Verhaltens hat Beijing die Reise des Dalai Lama, insbesondere sein Treffen mit Bundeskanzlerin Merkel beantwortet. Der tibetische Würdenträger steht einer Exilregierung vor, die in Dharamsala (Indien) ihren Sitz hat und Kontrolle über chinesisches Territorium ("Großtibet") beansprucht. Während sie ursprünglich Eigenstaatlichkeit für Tibet forderte, gibt der Dalai Lama inzwischen vor, auch mit umfassenden Autonomierechten zufrieden zu sein. "Diesen Anspruch der Tibeter auf religiöse und kulturelle Autonomie unterstützt die Bundesregierung", hat Regierungssprecher Thomas

Steg am vergangenen Freitag bestätigt.[1] Beijing verweist auf seine Souveränitätsrechte und behält sich die Einräumung von Autonomie für Bevölkerungsgruppen auf seinem Territorium vor - nach eigenem Ermessen und ohne Einmischung ehemaliger Kolonialstaaten.

Deutsches Modell

Vorbild für die Autonomierechte, die der Dalai Lama derzeit von Beijing verlangt, ist ein völkisches deutsches Modell ("Volksgruppenrechte"). Es ist in der norditalienischen Autonomen Region Trentino-Alto Adige ("Südtirol") in Kraft und hat dort keineswegs zur Beendigung der Sezessionsbestrebungen geführt. Bereits 1993 nahm ein Mitarbeiter der Europäischen Akademie Bozen aus dem Alto Adige Kontakt zum "Außenminister" der tibetischen Exilregierung auf [2]; die Akademie, die eigens ein Institut für "Volksgruppenrecht" unterhält, ist unter Mitwirkung des deutschen Außenministeriums gegründet worden [3]. 1997 besuchte der Dalai Lama persönlich Bolzano, noch in den 1990er Jahren begann die Beratung der tibetischen Exilregierung über "Volksgruppenrechte" durch die Europäische Akademie. "Südtirol hat für Tibet durchaus Vorbildcharakter", urteilte der tibetische Exilherrscher, als er sich 2005 zum zweiten Mal in Bolzano aufhielt.[4]

Nationalflagge

Der Dalai Lama, dessen Autonomie- und Sezessionsforderungen geeignet sind, die Volksrepublik China anhaltend zu schwächen, wird in Deutschland parteiübergreifend unterstützt. Zu den ersten, die sich Mitte der 1980er Jahre auf der politischen Bühne Tibet widmeten, gehörten "Die Grünen". Auf sie geht die erste Bundestags-Resolution zurück, die "Menschenrechtsverletzungen in Tibet" anprangerte (15. Oktober 1987) und damit auf Beijing Druck ausüben sollte. Zwei Jahre später führten "Die Grünen" eine viel beachtete internationale Anhörung zum Thema "Tibet und die Menschenrechte" (20./21. April 1989) durch - im Bonner Sitzungssaal der SPD-Bundestagsfraktion. Ebenfalls seit Mitte der 1980er Jahre ist der heutige Ministerpräsident des Bundeslandes Hessen, Roland Koch (CDU), mit Tibet befasst. Er ermöglichte dem Dalai Lama 1995 einen Auftritt im Hessischen Landtag, und als der tibetische Würdenträger zehn Jahre später den Hessischen Friedenspreis erhielt, wehte vor der Wiesbadener Staatskanzlei die nicht anerkannte tibetische Nationalflagge.[5]

Strategien

Zu Beginn der 1990er Jahre nahm auch die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung umfassende Tibet-Aktivitäten auf. Seit 1991 berät sie das tibetische Exilparlament "in allen Fragen der politischen Bildung" [6], zudem führt sie gemeinsam mit der in Indien ansässigen Exilregierung internationale Tibet-Konferenzen durch. Die zweite Konferenz im Juni 1996 in Bonn führte zu diplomatischen Verwicklungen, die mit der Schließung des Stiftungsbüros in Beijing endeten; es konnte bis heute nicht wieder geöffnet werden. Die jüngste Tibet-Konferenz fand im Mai in Brüssel statt; mehr als 300 Personen aus über 50 Staaten debattierten auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung über "Menschenrechte" und "die Strategien der Exil-Tibeter".[7] Wie die FDP-nahe Organisation urteilt, war es "der bisher politischste" Tibet-Kongress: "Dies lag nicht zuletzt an den Chancen, die sich den Tibetern mit den Olympischen Spielen im kommenden Jahr in China bieten und die in Brüssel ausgelotet wurden."

Riskant

Zu diesen "Chancen" gehört offenbar auch das Gesprächsangebot der deutschen Kanzlerin an den Dalai Lama. Die Einladung hatte im Auswärtigen Amt zu heftigen Diskussionen geführt und in Wirtschaftskreisen Unmut ausgelöst. Deutsche Unternehmer befürchten Geschäftseinbußen wegen selbstbewusster Reaktionen der Volksrepublik. Tatsächlich hat Beijing in einem ersten Schritt Verhandlungen über Patentschutz für deutsche Produkte abgesagt, mit weiteren Maßnahmen wird gerechnet. Es handele sich bei dem Treffen zwischen Merkel und dem Dalai Lama um einen "schweren außenpolitischen Fehler auf einem Nebenkriegsschauplatz", urteilte etwa der Forschungsdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.[8] In der deutschen Hauptstadt hatte man bisher die

Regel befolgt, enge Kontakte nach Tibet nur unterhalb der obersten politischen Ebene zu halten und den Regierungschef mit Wirtschaftsdelegationen nach Beijing zu entsenden. Als paradigmatisch kann bis heute der Tibet-Besuch Helmut Kohls 1987 gelten. Kohl widersetzte sich sogenannten Menschenrechtsforderungen, folgte der Linie deutscher Exportinteressen und reiste in Begleitung zahlreicher deutscher Unternehmer zum chinesischen Gouverneur nach Lhasa - nur wenige Wochen nach einer scharfen Tibet-Resolution des Washingtoner Parlaments und unter scharfem Protest der chinafeindlichen Öffentlichkeit.

Pulverfass

Mit dem gestrigen Treffen pokert das Kanzleramt hoch. Wie es in Berlin heißt, rechnet man damit, dass Beijing kurz vor den Olympischen Spielen keinen Konflikt mit Deutschland und mit deutschen Firmen riskieren könne. Demnach sei der Übergang zu einer noch intensiveren Unterstützung des tibetischen Separatismus gefahrlos möglich. Er sei, so heißt es weiter, auch wünschenswert. Denn wie der hessische Ministerpräsident Roland Koch bei einer Tibet-Reise im Juli erfahren haben will, bieten sich Chancen, die Volksrepublik noch stärker als bisher unter Druck zu setzen. Demnach fürchte Beijing beim Tod des tibetischen Würdenträgers, der inzwischen 72 Jahre alt ist, Aufstände in Tibet sowie in anderen Minderheitengebieten. Koch zufolge sprechen chinesische Regierungskreise von der Gefahr, Tibet könne zu einem "Pulverfass" werden.[9] Die Folgen wären gravierend. Denn "wenn es dort (in Tibet, d. Red.) nicht gut läuft, kann das Auswirkungen auf Xinjiang und die Innere Mongolei haben", frohlockt der Dalai Lama mit Blick auf zwei weitere potenzielle Sezessionsgebiete: "Diese drei autonomen Regionen erstrecken sich immerhin über die Hälfte des chinesischen Territoriums." [10]

Wie die deutsche Außenpolitik bereits in den 1930er und 1940er Jahren Tibet ins Visier nahm und auf die Bildung eines tibetisch-mongolischen Staatenbundes unter deutsch-japanischer Hegemonie zielte, berichtet german-foreign-policy.com in einer der nächsten Ausgaben.

[1] Regierungspressekonferenz vom 21. September

[2] Endzeit am Dach der Welt; ff. Südtiroler Wochenmagazin 28.07.2005

[3] s. dazu [Minderheitenrechte](#)

[4] Dalai Lama in Bozen: "Südtirol als Autonomie-Modell"; www.stol.it 31.07.2005

[5] s. auch [Reisefieber](#) und [Druck ausüben](#)

[6] s. dazu [Die Tibetfrage](#)

[7] Dalai Lama sagt ab - Gerhardt kritisiert Belgien; www.fnst-freiheit.org

[8] Krise zwischen Peking und Berlin; Süddeutsche Zeitung 21.09.2007

[9] Roland Koch rechnet mit Gesprächen zwischen der chinesischen Regierung und dem Dalai Lama; Focus 22.07.2007

[10] "China mischt sich auch in Deutschlands Angelegenheiten ein"; Süddeutsche Zeitung 21.09.2007

Minderheitenrechte

25.10.2006

BERLIN/FLENSBURG/BOLZANO

(Eigener Bericht) - Vorfeldorganisationen der Berliner Außenpolitik versammeln am heutigen Mittwoch Ethno-Spezialisten und Sezessionspolitiker aus mehreren europäischen Staaten zu einer "Minderheitenkonferenz" im italienischen Bolzano. Angekündigt ist unter anderem Gerry Adams, ehemals Aktivist der antibritischen Untergrundorganisation IRA, heute Vorsitzender der nordirischen Partei "Sínn Féin". Veranstaltet wird die Tagung über "ethnische Konflikte" in Nordirland, Spanien und Griechenland von der "Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV) und der "Europäischen Vereinigung von Tageszeitungen in Minderheiten- und Regionalsprachen" (MIDAS) an der "Europäischen

Akademie Bozen", bei deren Gründung das Auswärtige Amt Pate stand. Erst kürzlich hatten FUEV und "Europäische Akademie" 40 Delegierte der Bagdader Kriegsverwaltung bei einem Lehrgang über die vermeintliche Notwendigkeit einer "Autonomie" für die im Irak lebenden "Volksgruppen" informiert (german-foreign-policy.com berichtete). Die FUEV wurde in der Vergangenheit immer wieder als "völkisch" oder "rassistisch" kritisiert; beide Organisationen befürworten ein auf blutlichen Abstammungsmerkmalen basierendes globales gesellschaftliches Ordnungsmodell.

Im Mittelpunkt der jetzt im italienischen Bolzano stattfindenden Konferenz "Minderheiten - alles was Recht ist!" stehen die "ungelösten Minderheitenfragen" innerhalb der Europäischen Union. Geplant sind Vorträge über den "Nordirlandkonflikt" (Referent: Gerry Adams), die Lage der "baskische(n) Kultur" in Spanien und Frankreich sowie die Situation angeblicher "Minderheiten in Griechenland". Mit Blick auf den "Balkankrieg", die "Staatsgründung Bosnien-Herzegowinas" und die Verhandlungen über den völkerrechtlichen Status des Kosovo mahnt die FUEV-Vizepräsidentin Martha Stocker die Lösung "ethnische(r) Konflikte" in Europa an. Nur eine solche biete die Gewähr für "Friedens- und Demokratisierungsprozesse", warnt sie in ihrer Einladung.[1]

Autonomie

Lösungsmodelle bietet die im Verein mit deutschen Regierungsstellen von ehemaligen NS-Kollaborateuren gegründete FUEV an.[2] Die im norddeutschen Flensburg beheimatete und mit deutschen Staatsmitteln ausgestattete Organisation behauptet in einer kürzlich veröffentlichten "Charta", Europa werde von über 300 Minoritäten mit rund 100 Millionen Angehörigen bevölkert, so "dass sich ca. jeder 7. Europäer zu einer autochthonen, nationalen Minderheit bekennt". Diese "Volksgruppen"-Europäer hätten sowohl das "Recht" auf "Schutz des angestammten Siedlungsgebiets" als auch auf "Schutz vor Assimilierung". Zugleich fordert die FUEV für die von ihr definierten Gebiete der 300 Minoritäten, zu denen auch die auf der aktuellen Konferenz in Bolzano im Mittelpunkt stehenden Teile Großbritanniens, Spaniens, Frankreichs und Griechenlands zählen, "kulturelle Autonomie sowie angemessene Formen der Selbstverwaltung". Auf der Basis des erfundenen Bekenntnisses zu bodenverhafteten ("autochthonen") Blutsstämmen ("Volksgruppen") sollen ethnische Separatidentitäten gefördert und bestehende Staatsgrenzen in Frage gestellt werden.[3]

Unterdrückt

Zu den Initiatoren des aktuell in Bolzano tagenden Minoritätenkongresses zählt neben der FUEV auch die "Europäische Vereinigung von Tageszeitungen in Minderheiten- und Regionalsprachen" (MIDAS). Die 2001 gegründete Organisation versteht sich nach eigener Aussage als "Netzwerk", das überall dort "interveniere", wo "(s)owohl Minderheitenrechte als auch die Pressefreiheit (...) noch immer von Nationalstaaten unterdrückt" werden.[4] Zu den 29 MIDAS-Mitgliedern, die angeblich besonderen Schutzes bedürfen, zählt auch "Der Nordschleswiger", die Tageszeitung des "Bundes deutscher Nordschleswiger" (BdN). Der im deutsch-dänischen Grenzgebiet beheimatete BdN ist personell und institutionell aus der NSDAP Nordschleswig hervorgegangen. Dies belegen Karrieren namhafter Parteifunktionäre wie Rudolf Stehr oder Hans Schmidt-Oxbüll.[5] Nach Auskunft des deutschen Finanzministeriums vom Juli dieses Jahres fördert das Innenministerium die "zahlreichen kulturellen und sozialen Aktivitäten" des BdN bis heute; von den "zugewendeten Mitteln" erhalte die Organisation allein etwa 2,2 Millionen Euro zur Finanzierung ihrer Tageszeitung, heißt es.[6]

Paneuropäisch

Auch das "Zeitungsnetzwerk" MIDAS steht in engem Kontakt mit rechten "Volksgruppen"-Experten in Deutschland. Seit 2003 vergibt es regelmäßig einen mit 2.000 Euro dotierten "Otto-von-Habsburg-Journalistenpreis", den der Namensgeber selbst überreicht.[7] Bis Ende der 1990er Jahre wirkte Habsburg als Vorsitzender der "Panropa-Union", die sich der Durchsetzung von "Volksgruppen"-Rechten in Europa widmet und dabei Modelle des

Habsburgerreiches imitiert. Er pflegte gute Kontakte zum "Studienzentrum Weikersheim" des ehemaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Hans Filbinger (CDU); dieser hatte 1978 seinen Posten räumen müssen, nachdem bekannt geworden war, dass er in seiner Eigenschaft als NS-Marinerichter Todesurteile gegen Deserteure gefällt hatte.[8] Aktuell engagiert sich Habsburg im Beirat des von der Präsidentin des "Bundes der Vertriebenen", Erika Steinbach (CDU), initiierten "Zentrums gegen Vertreibungen". Für MIDAS allerdings dürfte Habsburg besonders wichtig sein, weil er sich als Abgeordneter des Europaparlaments seit den 1970er Jahren für weit gehende "Minderheitenrechte" einsetzte und damit für Organisationen wie die FUEV Anknüpfungspunkte beim Europarat und bei der Europäische Kommission schuf. Diese erfuhren dadurch nicht nur eine politische Aufwertung, sondern erhielten auch Zugang zu Fördergeldern der EU. Habsburg hatte 1979 eigens die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, um für die CSU ins Europaparlament einziehen zu können.

Forschung und Lehre

Von EU-Fördermitteln profitiert auch die "Europäische Akademie Bozen", bei der das MIDAS-Generalsekretariat angesiedelt ist. 2005 hatte die Einrichtung einen Etat von knapp neun Millionen Euro zur Verfügung. Diese stammten zur einen Hälfte vom Land Südtirol; bei der anderen Hälfte handelte es sich um "Drittmittel", deren Zahlung unter anderem aus der "Teilnahme an EU-Forschungsprojekten" resultierte.[9] Gegründet wurde die "Europäische Akademie" Anfang der 1990er Jahre nach "gezielten Kontaktgesprächen" mit Vertretern der FUEV und des Auswärtigen Amts, heißt es in dem Bericht eines Insiders. Als "Pilotprojekt" habe man zunächst "ein Konzept für Fortbildungskurse für Osteuropäer in Volksgruppen- und Autonomiefragen erarbeitet, um diesen nach der 'Wende' 1989/90 möglichst rasch den Anschluss an den westeuropäischen Wissens- und Erfahrungsstand zu ermöglichen", so der Autor.[10] Die "Europäische Akademie" erweitert derzeit ihre Aktivitäten auf außereuropäische Gebiete und instruiert Delegierte aus dem Irak.[11] MIDAS-Generalsekretär Günther Rautz wiederum, im "Institut für Minderheitenrechte" der Akademie für den Forschungsbereich "Minderheiten und Autonomien" zuständig, befasst sich neben seiner Arbeit für die Erhaltung von "Minderheitensprachen" mit dem "Schutz" der "Menschen- und Minderheitenrechte" in der zur Volksrepublik China gehörenden Provinz Tibet und dehnt die deutsch inspirierten Ordnungsvorstellungen bis nach Ostasien aus.[12] Globales Ordnungssystem

Wie Lehrgänge und Aktivitäten der "Europäischen Akademie" und der mit ihr verbundenen FUEV zeigen, soll das von deutschen "Volksgruppen"-Theoretikern entwickelte Modell einer an blutlichen Abstammungsmerkmalen orientierten Staatenordnung offenbar nicht nur als europäisches, sondern als globales Ordnungssystem fungieren.

Nähere Informationen zur FUEV und zur deutschen "Volksgruppen"-Politik finden Sie hier: [Hintergrundbericht: Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen, "Europa der Regionen" für Jugoslawien, "Volksgruppen" für "Europa", Berlin organisiert seine "Volksgruppen", Regierungsverantwortung, Aktionseinheiten, "Begegnung der Völker", Gemeinsam, Deutsche Jäger, Schutzmacht-Klausel und Parteiübergreifende Steuerungsgruppe](#)

[1] Einladung zur Minderheitentagung "Minderheiten - alles was Recht ist!", 26./27. Oktober 2006 in Bozen/Südtirol an der Europäischen Akademie (EURAC)

[2] Walter von Goldendach, Hans-Rüdiger Minow: Von Krieg zu Krieg. Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas, Berlin 1999

[3] s. dazu [Parteiübergreifende Steuerungsgruppe](#)

[4] Midas - Vereinigung von Tageszeitungen in Minderheiten- und Regionalsprachen; www.midas-press.org

[5] Walter von Goldendach, Hans-Rüdiger Minow: Von Krieg zu Krieg. Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas, Berlin 1999

[6] Auskunft des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium der Finanzen vom 06.07.2006



- [7] Otto von Habsburg Prize for Journalism in Minority Protection and Cultural Diversity in Europe; www.midas-press.org
 - [8] Wolfram Wette (Hg.): *Filbinger - eine deutsche Karriere*, Springer 2006
 - [9] Europäische Akademie Bozen; de.wikipedia.org
 - [10] Roland Benedikter: Ein Marktplatz für Wissenschaft und Forschung. Die Entstehungsgeschichte der Europäischen Akademie Bozen - paradigmatischer Werdegang einer Institution, Kulturelemente Nr. 49, Oktober 2004
 - [11] s. dazu [Parteiübergreifende Steuerungsgruppe](#)
 - [12] www.eurac.edu/about/collaborators/GRautz/index.htm
-

Härtere Gangart

18.09.2006

FRANKFURT a. M./BONN/BEIJING

(Eigener Bericht) - Die Heinrich-Böll-Stiftung Hessen widmet sich dem "Selbstbestimmungsrecht der Tibeter" und stellt die territoriale Integrität der VR China in Frage. Die Aktivitäten sind Bestandteil einer parteiübergreifenden Kampagne gegen Beijing, dem Vorfeldorganisationen der deutschen Außenpolitik "radikalere Aktionen" androhen. "Wir wollen den Chinesen Tibet wieder abnehmen", heißt es im Tibet-Forum, einem Bonner Kampf-Blatt, dessen "Redaktionskoordinator" bei der Böll-Stiftung referiert. Die Stiftung lädt zu einer öffentlichen Diskussion über die "Tibet-Frage" ein und will Einwirkungsmöglichkeiten durch "die deutsche bzw. die europäische Politik" untersuchen. Wie es in einem Aufruf des politischen Oberhaupts der tibetischen Separatisten heißt, gebühre der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten die "Führung", um gegen Beijing vorzugehen. In der vergangenen Woche beschloss der US-Kongress, dem Dalai Lama die "Congressional Gold Medal" und damit die höchste Auszeichnung zu verleihen, die eine Privatperson in den Vereinigten Staaten erhalten kann.

Die Veranstaltung der hessischen Böll-Stiftung soll am 26. September in Frankfurt a.M. stattfinden (Tibet - ein "integraler Bestandteil" der VR China?)[1]. Der provokative Veranstaltungstitel stellt die von der UNO vollzogene Anerkennung der territorialen Verhältnisse Chinas in Frage. Als Referenten kündigt die Stiftung einen Spezialisten für "(e)soterische Astrologie"[2] sowie Mitarbeiter der Zeitschrift Tibet-Forum an.

Umsturz

Tibet-Forum wird in Bonn herausgegeben und publiziert politische Propagandaartikel. Auch "Untergrundkämpfer"[3] kommen in dem Blatt zu Wort. Angestrebt werde die "Befreiung Tibets" sowie die "Änderung des politischen Systems", das "chinesische Kolonialisten" ins Land gebracht hätten. Die religiös verbrämten Darstellungen kündigen Umsturzbewegungen an und warnen Beijing vor "Chaos und Gewalt"[4]. So heißt es im Tibet-Forum: "Wir wollen den Chinesen Tibet wieder abnehmen, daran gibt es keinen Zweifel (...) Ein Land, das uns gehört und das an uns Tibeter zurückfallen muß." [5]

Unruhen

Ähnliche Töne schlägt der politische Führer der tibetischen Separatisten an, der sich als "Seine Heiligkeit" titulieren lässt und in Berlin über zahlreiche Helfer verfügt. Als Gäste und Redner einer Großveranstaltung in der deutschen Hauptstadt ("Freiheit für Tibet") wurden im vergangenen Jahr u.a. Abgeordnete der FDP[6], der CSU[7] und der Partei "Bündnis 90/Die Grünen"[8] angekündigt. Besondere Unterstützung erfährt der Dalai Lama in Hessen, dem Stammland der regionalen Böll-Stiftung. Dort bewundert der CDU-Ministerpräsident am Dalai Lama "das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit"[9] und verlieh dem spiritus rector der Sezessionsbewegung einen "Hessischen Friedenspreis". Die angebliche Gewaltfreiheit geht mit unmissverständlichen Drohungen einher. Die VR China habe sich einem "Wandel"[10] zu

unterziehen, dekretiert der Exil-Politiker, und könne sonst nicht hoffen, "wirkliche Stabilität zu erlangen". Nur wenn Beijing den Forderungen nachkommt, werde "die Transformation Chinas glatt und ohne größere Unruhen" verlaufen, heißt es warnend bei "Seiner Heiligkeit". Gehirnwäsche

Forderungen nach Abspaltung oder "Autonomie" des chinesischen Staatsgebiets werden mit der rassischen und volklichen Besonderheit der Tibeter begründet. Demnach handelt es sich um ein "Volk mit eigener Identität und Kultur", dessen blutliche Reinheit durch (chinesische) "Zwangsassimilation" und Überfremdung verloren geht. Nachweisbar sei, daß immer mehr volksfremde Chinesen Tibet überfluten, "um das tibetische Volk von innen heraus zu vernichten"[11] - mit "sehr subtile(n) und außerordentlich perverse(n) Mittel(n)". Durch Erziehung in den allgemeinen Landesschulen, das Lernen der Staatssprache und durch andere Kontakte mit der volksfremden Kultur werden die tibetischen Jugendlichen "praktisch einer kompletten Gehirnwäsche unterzogen, die in ihnen jegliches Gefühl von tibetischer Identität auslöschen soll", heißt es im Tibet-Forum, dem Organ des jetzt in Frankfurt angekündigten Böll-Referenten.

Trick

Die ethnizistische Propaganda, die Staatsangehörige der Volksrepublik China nach ihrer Blutsherkunft unterscheidet, will mit Stammesmerkmalen den angeblichen "Volks"-Charakter der tibetischen Minderheit belegen und zielt dabei auf politische Kategorien. So soll der Anschein erweckt werden, das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" stehe nationalen Minoritäten zu und ermögliche ihnen Autonomie oder Sezession - ein Trick, der zum Aufsprengen ganzer Staatsverbände taugt, sofern sie unterschiedliche Minderheiten in geschlossenen Siedlungsgebieten beherbergen. Da die VR China über 55 Nationalitäten mit rund 100 Millionen Menschen verfügt, müßte die gleichberechtigte Erfüllung der deutschen Tibet-Verlangen zum Zerfall des chinesischen Territoriums führen.

Überall

Daß eine solche Entwicklung längst in Aussicht steht, zeigen Ereignisse im Nordwesten Chinas, wo die Minderheit der Uiguren nach "Selbstbestimmung" verlangt. Dabei werden auch terroristische Mittel eingesetzt. Für die turkstämmigen Uiguren engagiert sich die deutsche Außenpolitik ebenso wie für das "Volk" der Tibeter. "China unterdrückt die Uiguren"[12], hieß es in Vorbereitung auf den jüngsten Deutschland-Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten im Auslandssender "Deutsche Welle". Gegenüber Wen Jiabao betonte die Bundeskanzlerin, deutsche Vorstellungen über "Menschenrechte" gelten "überall"[13]. Noch deutlicher wurde der stellvertretende Fraktionschef von "Bündnis 90/Die Grünen". Man dürfe den chinesischen Ministerpräsidenten "nicht mit Samthandschuhen"[14] anfassen, empfahl Jürgen Trittin und riet der deutschen Außenpolitik zu einer härteren Gangart - wegen "der Verfolgung ethnischer Minderheiten". Diesem Rat folgt jetzt die hessische Böll-Stiftung und stellt die territoriale Integrität des UNO-Mitglieds China in Frage.

s. auch [Deutschland unterstützt Separatismus in Westchina](#), [Hauptsitz](#), [Die Tibetfrage](#), [Druck ausüben](#) sowie [Zielradius bis Beijing](#)

[1] Heinrich-Böll-Stiftung Hessen: Tibet - ein "integraler Bestandteil" der VR China?
26.09.2006, Universität Frankfurt a.M.

[2] Klemens Ludwig: Schwerpunkte meiner Arbeit: Esoterische Astrologie

[3] Die Situation ist alarmierend. Gespräch mit einem tibetischen Untergrundkämpfer in Tibet. Tibet-Forum 1/1999

[4] Aufruf des Dalai Lama, 10.03.2004

[5] Tseten Norbu: Die Rückeroberung Tibets. Tibet-Forum 1/2000

[6] Markus Löning, MdB; Thomas Mann

[7] Klaus Rose, ehemals Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verteidigung

[8] Volker Ratzmann, Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus



- [9] Kochs Freund, der Dalai Lama. *tageszeitung*, 28.07.2005
 - [10] Aufruf des Dalai Lama, 10.03.2004
 - [11] Die Situation ist alarmierend. Gespräch mit einem tibetischen Untergrundkämpfer in Tibet. *Tibet-Forum* 1/1999
 - [12] Terrorverdacht als Vorwand: China unterdrückt die Uiguren, *Deutsche Welle*, 25.08.2006
 - [13] Merkel dringt auf Einhaltung der Menschenrechte in China. *tagesschau.de*, 14.09.2006
 - [14] China skeptisch gegenüber Iran-Sanktionen. *Spiegel online*, 14.09.2006
-

Druck ausüben

21.08.2005

BERLIN/BONN/BEIJING

(Eigener Bericht) - Das Auswärtige Amt (AA) und dessen Internet-Portal "Qantara.de" kündigen die Eröffnung eines Verbindungsbüros chinesischer Separatisten in Deutschland an. Bei den Oppositionellen handelt es sich um Vertreter der uigurischen Minderheit im autonomen Gebiet Xinjiang (Nordwestchina). Dort kommt es seit mehreren Jahren zu gewalttätigen Ausschreitungen islamischer Nationalisten, die für politische und kulturelle Sezession kämpfen. Die vom Auswärtigen Amt finanzierten "Qantara"-Veröffentlichungen werben in mehreren Sprachen, darunter in Arabisch, für das innerchinesische Oppositorial und dessen "ethnische Volksgruppe". Neben den tibetischen Gegnern des chinesischen Zentralstaats gilt sie als aussichtsreichste Speerspitze ausländischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Beijings. Deutschland beherbergt mehrere uigurische Exilgruppen, so den "Weltkongress der uigurischen Jugend" sowie das "Ostturkestan Informationszentrum". Beide Organisationen sind in München angesiedelt. Dort befindet sich auch die Zentrale der deutschen Auslandsspionage (BND).

In seinen jüngsten Publikationen präsentiert "Qantara.de" das Portrait einer chinesischen Oppositorialpolitikerin und ernennt sie zur "Mutter der Uiguren", einem "Volk", dem die Veröffentlichung schweres "Leiden" nachsagt.[1] Bei dem Text handelt es sich um die Umschrift einer Reportage der "Deutschen Welle". Der Staatssender gilt als gelegentliches Forum geheimdienstlicher Auslandsinteressen, denen er auch seinen ersten Intendanten verdankt, einen vormaligen Lockspitzel der nationalsozialistischen Geheimen Staatspolizei.[2]

Terrorakte

Der Uiguren-Bericht bedient sich bekannter Stereotypen aus dem völkischen Vokabular und spricht der "ethnische(n) Volksgruppe" ein eigenes "Heimatland" zu. In weiterführenden Veröffentlichungen, die wiederum der "Deutschen Welle" entstammen, lässt das Auswärtige Amt ein "Ethnisches Pulverfass" explodieren, das die Korrespondentin in der Provinz Hanan (Volksrepublik China) entdeckte.[3] Auch dort geht es um Ethnizitäten. Demnach sind die chinesischen Einwohner "Zuwanderer", die der "ortsansässigen Bevölkerung" (einer nationalen Minderheit) gegenübergestellt werden. Weil man die "Zuwanderer (...) in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens bevorzugt" behandle, müssten die Minderheiten einen "verzweifelte(n) Überlebenskampf" führen - Terrorakte eingeschlossen: je "verzweifelter (...) desto häufiger". Ähnliche Theorien gehören zum Traditionsbestand deutscher Blutspolitik, die das staatliche Zusammenleben der ethnischen Herkunft unterstellt. So heißt es bei den entsprechenden Vorfeldorganisationen des Auswärtigen Amtes über das französische Grenzgebiet am Rhein ("Elsaß"), seine Ureinwohner seien "Deutsche", die durch französische "Zuwanderer" majorisiert würden.[4]

Personal

Die in München beheimateten Exilorganisationen "Weltkongress der uigurischen Jugend" sowie das "Ostturkestan Informationszentrum" werden von der chinesischen Regierung terroristischer Zuarbeiten verdächtigt. Obwohl Beijing die Bundesregierung mehrmals um Klärung der Vorwürfe bat, scheint Berlin an einer genaueren Beobachtung nicht interessiert.[5] Wie eine kaum beachtete Veröffentlichung im Wall Street Journal von Mitte Juli nahe legt, lässt sich das deutsche Desinteresse mit langjährigen Verflechtungen der eigenen Behörden erklären.[6] Nach Kriegsende arbeiteten sie mit muslimischen SS-Kollaborateuren zusammen, die in München eine neue Heimat fanden. Ihre Herkunft aus den asiatischen Teilen der UdSSR, darunter auch aus "Ostturkestan", ließ die Nazi-Sympathisanten zu bevorzugten Helfern im Systemkampf werden. Eine führende Rolle bei der Steuerung des muslimischen Agentenpersonals spielte nach Auskunft des Wall Street Journal die CIA. Auch der deutsche Bundesnachrichtendienst (BND) war verwickelt.

Selbstbestimmungsrecht

Die vom Auswärtigen Amt und dessen Internet-Portal "Qantara.de" fortgesetzte Uiguren-Propaganda ergänzt Berliner Vorlieben für weitere Exilorganisationen mit chinesischem Hintergrund. Maßgebliche Unterstützung erhalten tibetische Aktivisten, die einen religiös verklärten Ethno-Zentrismus vertreten. So verlieh das deutsche Bundesland Hessen im Juli einen mit 25.000 Euro dotierten "Friedenspreis" an den selbst ernannten Gottkönig Dalai Lama. Bei dieser Gelegenheit variierte der hessische Ministerpräsident die völkischen Ethno-Theoreme mit der Bemerkung, jedes "Volk" müsse befähigt werden, "ungestört seine Religion auszuüben, seine Sprache zu sprechen und seine Lieder zu singen".[7] Dass es dabei um mehr als Gesänge geht, unterstreicht der deutsche Bundestagsabgeordnete Schockenhoff. Der CDU-Parlamentarier erörterte mit dem in Deutschland weilenden Kultoberhaupt bereits im Juni "das Selbstbestimmungsrecht des tibetischen Volkes" und die "Menschenrechtslage".[8] Ähnliche Töne schlägt die "Gesellschaft für bedrohte Völker" an, die vor der "Einwanderung von Chinesen" auf das chinesische Staatsgebiet Tibet warnt. "Auch Heinrich Harrers Lhasa, die alte Hauptstadt Tibets, verliert mehr und mehr ihren Charakter", heißt es unter Anspielung auf den SS-Mann Heinrich Harrer, einen frühen Freund des Kultoberhaupts, bei der "Gesellschaft für bedrohte Völker".[9]

Vorbereitung

Die gegenwärtigen China-Aktivitäten des Auswärtigen Amtes parallelisieren vergleichbare Tendenzen der US-Politik. In Vorbereitung auf einen Staatsbesuch des chinesischen Präsidenten sagte die US-Außenministerin in der vergangenen Woche, man werde China in Sachen Menschenrechte und Religionsfreiheit "unter Druck setzen".[10]

[1] "Mutter der Uiguren"; Quantara.de 26.07.2005

[2] Dr. Hans Otto Wesemann. Vgl. Erich Schmidt-Eenboom: Undercover. Der BND und die deutschen Journalisten. Köln 1998.

[3] Islam in China. Ethnisches Pulverfass in Hanan-Provinz; Qantara.de

[4] Walter v. Goldendach et al.: Von Krieg zu Krieg. Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas. Köln 1999.

[5] s. dazu [Hauptsitz](#)

[6] The Beachhead. How a Mosque for Ex-Nazis Became Center of Radical Islam Documents Reveal Triumph By Muslim Brotherhood In Postwar Munich. A CIA Plan to Fight Soviets; The Wall Street Journal 12.07.2005

[7] Hessischer Friedenspreis für Dalai Lama; Hessischer Rundfunk 27.07.2005

[8] Schockenhoff trifft den Dalai Lama in Berlin; Pressemitteilung 17.06.2005

[9] Alter Kultur droht Untergang; Gesellschaft für bedrohte Völker, Juni 2005. Vgl. Colin Goldner: Dalai Lama. Fall eines Gottkönigs. Aschaffenburg 1999. S. auch [Die Tibet-Frage](#)

[10] Rice Warns China to Make Economic Changes; The New York Times 18.08.2005



Die Tibetfrage

31.10.2004

POTSDAM (Eigener Bericht)

Die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung (FNSt) und die tibetische Exilregierung werden ihre Zusammenarbeit in der „*Tibetfrage*“ intensivieren. Dies ist das Ergebnis von Gesprächen, die der „*Ministerpräsident*“ der Exilregierung, Samdhong Rinpoche, am vergangenen Dienstag mit mehreren FNSt-Vorstandsmitgliedern führte. Die FNSt verfügt über langjährige exklusive Sonderbeziehungen zu tibetischen Exilkreisen, die sie für Positionsgewinne Berlins im Machtkampf mit dem künftigen Weltmachtkonkurrenten China nutzt. Tibet war bereits während der NS-Ostexpansion Gegenstand deutscher Zentralasien-Strategien und galt damals als möglicher Bündnispartner gegen Großbritannien.

Wie die FNSt mitteilt, hat „*Ministerpräsident*“ Rinpoche mehrere FNSt-Vorstandsmitglieder, darunter den ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und die ehemalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt Irmgard Schwaetzer, über den Fortgang der Verhandlungen zwischen der tibetischen Exilregierung und der Volksrepublik China informiert.¹⁾ Lambsdorff und Rinpoche sprachen sich gegen eine militärische Stärkung Beijings aus und plädierten für eine Beibehaltung des EU-Waffenembargos gegenüber China. Auch solle der deutsche Druck auf die chinesische Regierung („*Menschenrechte*“) aufrecht erhalten werden, hieß es.²⁾ Lambsdorff und Rinpoche vereinbarten, ihre Zusammenarbeit „*zur besseren politischen Kommunikation der Tibetfrage*“ zu intensivieren.

Weltmachtkonkurrenten

Die Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China hat der Deutsche Bundestag jetzt im Anschluss an eine Initiative der FDP von der Erfüllung mehrerer Bedingungen abhängig gemacht. Bundeskanzler Schröder hatte sich kürzlich bereit erklärt, das Embargo zu annullieren und damit eine Rüstungskooperation mit Beijing in Gang zu setzen, die als Bündnisoption gegen die USA verstanden worden war.³⁾ Dies gilt als riskant, zumal die Volksrepublik China selbst als künftiger Weltmachtkonkurrent eingeschätzt wird. Vor einer Aufhebung des Embargos müsse Beijing u.a. angebliche Autonomierechte ethnischer Minderheiten⁴⁾ anerkennen, beschloss nun der Deutsche Bundestag.

Bündnispartner

Die FDP-Initiative basiert auf langjähriger Einflussarbeit in Tibet, die vor allem über die parteinahe FNSt abgewickelt wird.⁵⁾ Die FNSt organisierte gemeinsam mit der tibetischen Exilregierung mehrere Internationale Tibet-Konferenzen, die als Plattform für einige hundert Tibet Support Groups weltweit gelten. Die zweite derartige Konferenz, die die FNSt im Juni 1996 in Bonn veranstaltete - Hauptredner waren damals Lambsdorff und Schwaetzer -, führte zu diplomatischen Komplikationen, in deren Folge die chinesische Regierung die Schließung des Stiftungsbüros in Beijing verfügte. Die FNSt „berät“ das tibetische Exilparlament seit 1991 „*in allen Fragen der politischen Bildung*“. Am 10. März 2004 - dem 45. Jahrestag eines antichinesischen Aufstands in Tibet - hisste sie vor ihrer Geschäftsstelle die tibetische „*Nationalflagge*“. Sollte es zu einer umfassenden Autonomieregelung für Tibet kommen, erhielte Berlin über die tibetischen Bündnispartner der FNSt neuen Einfluss in Zentralasien.

Kriegswichtig

Tibet geriet bereits Ende der 1930er und Anfang der 1940er Jahre ins Visier deutscher Expansionsbestrebungen.⁷⁾ Im Zuge der Vorbereitung der militärischen deutschen Ostexpansion organisierte die SS 1938 eine Tibet-Expedition, die neben völkisch-rassistischen Experimenten auch militärstrategische Erkundungen zum Ziel hatte.

Insbesondere widmete sie sich der Suche nach zentralasiatischen Bündnispartnern gegen Großbritannien.⁸⁾ Zu den Expeditionsteilnehmern gehörte der SS-Obersturmbannführer Bruno Beger, der in Tibet Schädelvermessungen vornahm, während des Zweiten Weltkriegs an Plänen für ein „*Museum der Untermenschen*“ in Straßburg arbeitete und dafür sowjetische Kriegsgefangene töten ließ. SS-Reichsführer Heinrich Himmler erklärte auf dem Höhepunkt der deutschen Ostexpansion die „*Tibet- und gesamte Asienforschung*“ zur „*kriegswichtigen Zweckforschung*“.

Beständig

Die personellen Kontakte ehemaliger SS-Männer zu führenden Persönlichkeiten Tibets sind auch nach 1945 nie abgerissen. Beger, der 1971 wegen während der NS-Zeit begangenen 86fachen gemeinschaftlichen Mordes zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, trat noch 1994 als offizieller Gast des tibetischen Exilpotentaten Dalai Lama auf. Zu dessen Lehrern und Beratern gehörte in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren der aus britischer Gefangenschaft in Indien geflohene frühere SS-Mann Heinrich Harrer. Harrer, dessen autobiographischer Tibet-Bericht („*7 Jahre in Tibet*“) in Deutschland in Massenauflagen verbreitet wurde, gilt bis in die Gegenwart als enger Freund des Dalai Lama.

- 1) Wirtschaftliche Zusammenarbeit darf nicht zu einer Ignorierung der Menschenrechte führen; www.fnst.org
 - 2) s. auch [Deutsche „Elite“](#)
 - 3) s. dazu [Strategische Manöver](#) und [Waffenbrüder](#) sowie [Hintergrundbericht: Strategische Partnerschaft und Eindämmung](#)
 - 4) s. dazu [Deutschland unterstützt Separatismus in Westchina](#) und „[Internationalisierung Tschetscheniens](#)“ sowie [Hauptsitz](#)
 - 5) s. auch [„Wirksamste Instrumente der deutschen Außenpolitik“](#)
 - 6) Buchbesprechung: „*Tibet im Exil*“; www.fnst.org
 - 7) Colin Goldner: Dalai Lama - Fall eines Gottkönigs, Aschaffenburg 1999
 - 8) s. auch [Traditionen](#) und [Traditionen \(II\)](#)
-

Auswärtiges Amt: „Schwarze Löcher der Ordnungslosigkeit“

03.07.2002

BERLIN

Die deutsche Außenpolitik hat in Asien „*vergessene Konflikte*“ entdeckt und will sich den „*fehlgeschlagenen Staaten*“ der Region fürsorglich widmen. Dies geht aus dem neuen Asien-Konzept des Auswärtigen Amtes hervor. Die „*globale Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands und der EU*“ müsse sich „*mit den vergessenen Konflikten, den fehlgeschlagenen Staaten und den schwarzen Löchern der Ordnungslosigkeit*“ in Asien befassen, heißt es. „*Nation-building*“ sei auch dort eine „*strategische Aufgabe*“ für Deutschland, behauptet der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Volmer, und kündigte eine „*Neuordnungspolitik*“ wie auf dem Balkan an.

Das neue Asien-Konzept, das vom Auswärtigen Amt am 25. Juni vorgestellt wurde, löst das Asien-Konzept von 1993 ab und erkennt im Unterschied zu diesem in Asien nicht nur wirtschaftliche, sondern auch außen- und sicherheitspolitische Interessen Deutschlands. Besondere Bedeutung misst das Auswärtige Amt Ostasien zu, dem „*dritte(n) wirtschaftliche(n) Wachstumspol der Welt*“. Japan, Südkorea und - nach seinem WTO-Beitritt - besonders China seien „*lukrative Märkte*“, in denen Deutschland seine „*Präsenz*“ ausbauen wolle. „*Die deutsche Ostasienpolitik*“, heißt es in dem Dokument, müsse sogar „*ein zentrales Element der globalen Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands und der EU sein*“.

Die deutsche Außenpolitik müsse sich „gerade mit den vergessenen Konflikten, den fehlgeschlagenen Staaten und den schwarzen Löchern der Ordnungslosigkeit“ befassen, behauptete Volmer bei der Vorstellung des Konzepts vor zahlreichen deutschen Nichtregierungsorganisationen anlässlich des Asien-Tages in Berlin. „Nation-building“ sei eine „strategische Aufgabe für Deutschland“, erklärte er und verwies als Beispiel auf die deutsche „Neuordnungspolitik“ auf dem Balkan: „Wir tun das gemeinsam mit unseren Partnern seit Jahren in Südosteuropa, im Kosovo, in Bosnien, in Mazedonien.“

Eine „ganz besondere Stellung“ bei der Förderung des deutschen Einflusses in Asien käme den anwesenden Vertretern der „Nichtregierungsorganisationen“ zu, so Volmer. Unter ihnen befanden sich Mitglieder der Tibet-Initiative Deutschland und der Gesellschaft für bedrohte Völker. Die Tibet-Initiative Deutschland setzt sich für die staatliche Unabhängigkeit der zur Volksrepublik China gehörenden Autonomen Region Tibet ein, die Gesellschaft für bedrohte Völker beschäftigt sich mit angeblich „mongolischer“ Bevölkerung im Norden Chinas, die eine „Vereinigungsproblematik“ von Teilen Nordchinas mit der Republik Mongolei hervorrufe.

Deutsches Deutschlandbild

In Süd- und Südostasien erstrebt Berlin neben wirtschaftlichem Einfluss auch sicherheitspolitische Mitsprache. Unter anderem bietet es sich den verfeindeten Staaten Indien und Pakistan als „Vermittler“ an. Außerdem müsse „ein zeitgemäßes, reales, d.h. nicht allein von den englischsprachigen Medien bestimmtes Deutschlandbild“ vermittelt werden, betont das Konzept, das - aufgeteilt in drei Regionalkonzepte - die Ausweitung deutschen Machtstrebens bis zum Pazifik vorbereitet.

Auszüge aus den Regionalkonzepten:

Ostasienpolitik: „Zentrales Element der globalen Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands“

Südasien: Transformationsprozesse „ermutigen und beratend begleiten“

Südostasien soll „ein noch bedeutenderer Markt für Deutschland“ werden

s. auch Deutschland unterstützt Separatismus in Westchina und Mongolei: „Wertvoller Ratgeber“ für Ostasien

Deutschland unterstützt Separatismus in Westchina

30.04.2002

BERLIN

Deutschland unterstützt auch weiterhin völkisch-separatistische Bewegungen in der Volksrepublik China. Dies geht aus einem Beschluss des Bundestages sowie aus Äußerungen des Menschenrechtsbeauftragten des Auswärtigen Amtes, Gerd Poppe, hervor. Der Einfluss der chinesischen Zentralregierung in Chinas Autonomen Regionen Tibet und Xinjiang wird dadurch in Frage gestellt.

Der Deutsche Bundestag fordert in einem Beschluss vom 18. April den chinesischen Volkskongress auf, gemeinsam mit dem Dalai Lama - einer aus Tibet stammenden religiösen Führergestalt - ein „Tibet-Statut“ auszuhandeln. Dieses Statut soll auf dem „Selbstbestimmungsrecht der Tibeter“ basieren und ihnen „weitgehende Autonomierechte“ garantieren. Das deutsche Parlament, das die „religiöse und kulturelle“

Identität der Tibeter" stärken will, unterstützt mit dem auf einer überparteilichen Initiative beruhenden Beschluss separatistische Strömungen in Tibet und stört damit Versuche der chinesischen Zentralregierung, die Autonome Region enger an Zentralchina anzubinden.

Der Deutsche Bundestag führt mit der Forderung nach einem „*Tibet-Statut*“ seinen jahrelangen Einsatz zugunsten des tibetischen Separatismus fort. Unter dem Deckmantel, die „*Menschenrechtssituation*“ in der chinesischen Autonomen Region Tibet verbessern zu wollen, hatte das deutsche Parlament bereits 1987 und 1996 Vorschläge zur Gestaltung der chinesischen Innenpolitik gemacht. 1995 war bei einer ganztägigen Anhörung des Bundestages in Bonn auch der Dalai Lama aufgetreten, der sich in Deutschland großer Beliebtheit erfreut.

„*Ost-Turkestan*“ statt Xinjiang

Unter dem Deckmantel der „*Menschenrechtspolitik*“ äußert sich die deutsche Regierung auch zur Entwicklung in der westchinesischen Autonomen Region Xinjiang. Dort ist seit den 1980er Jahren in den muslimischen Bevölkerungssteilen eine separatistische Bewegung immer stärker geworden, die einen eigenen Staat „*Ost-Turkestan*“ für die uigurische Bevölkerung der Provinz fordert. Islamisch-uigurische Organisationen stehen in engem Kontakt zu islamistischen Gruppierungen in zahlreichen zentralasiatischen Staaten, darunter auch Afghanistan. Sie sollen allein in den Jahren zwischen 1991 und 2000 mehr als 200 Anschläge, Attentate, Brandstiftungen und Entführungen in China verübt haben, bei denen 162 Personen starben und über 440 verletzt wurden.

Mit den separatistischen Aktivitäten stehen auch pantürkisch-nationalistische Kräfte in Verbindung, deren völkische Ansprüche das Gebiet östlich der Türkei bis Westchina umfassen. Zwischen den NATO-Partnern Deutschland und Türkei herrschen enge militärische Beziehungen, die auch geheimdienstliche Verbindungen beinhalten. Von der deutschen Auslandsspionage-Organisation BND wird behauptet, daß ihr Resident in der Türkei auf türkischem Boden islamische Terroristen ausbildet habe.

Während Deutschland sich mit eigenen Kampftruppen am so genannten „*Anti-Terror-Krieg*“ beteiligt, kritisierte der Menschenrechtsbeauftragte des Auswärtigen Amtes, Gerd Poppe, jüngst das Vorgehen der chinesischen Sicherheitsorgane gegen den uigurischen Terrorismus als „*Unterdrückung der Uiguren*“. Auch völkische Menschenrechtsorganisationen aus Deutschland wie die „*Gesellschaft für bedrohte Völker*“ oder die „*Internationale Gesellschaft für Menschenrechte*“ unterstützen den Separatismus in der öl- und erdgasreichen westchinesischen Provinz. Exilorganisationen und Exilpolitiker wie das „*Eastern Turkistan Information Center*“ oder der Vorsitzende des „*Ostturkestanischen Nationalkongresses*“ halten sich in Deutschland auf.

s. auch [Berlin im weltweiten Kampf für Menschenrechte](#) und [Deutschland jetzt grösster europäischer Investor in China](#)

Quellen:

Aktion Hart zuschlagen; Frankfurter Allgemeine Zeitung 27.12.2001

China bringt Separatisten in Verbindung mit Bin Laden; Frankfurter Allgemeine Zeitung 22.01.2002

Es muss weiterhin die deutliche Kritik an China geben; Die Welt 10.04.2002
